

**Aktuelles**

Festliche Eröffnung  
des Studienjahres 2017/18

**Veranstaltungen**

- 25 Jahre Maastrichter Verträge
- 150 Jahre Ausgleich Österreich-Ungarn
- 500 Jahre Reformation

**Semesterrückblick**

#refugeepanorama

Halle  
Pietism and  
Reformation

3

AUGUST HERMANN  
FRANCKE

August Hermann Francke (1722-1795) was born on 22 March 1722, the first of a family in Götting. He spent his youth in Götting, the centre of Pietism and school reforms in Germany. He studied theology in Götting, Altdorf and Leipzig, where he met his Pietist reformer mentor and, with other students, founded a discussion group (colloquia) for collective memorisation of the Bible. Francke left Götting leaving all the institutions of the Lutheran Orthodoxy behind but he was on the right side during the preparation of the Synod in Danzig in October 1750: "Now, I feel the truth of the Lutheran [faith] says: Let us now work in all that transpires and through which we draw nearer to God!" He arranged a professorship in several languages for Francke who had already established university studies in part of Brandenburg and a pastorate in Glaucha on the outskirts of Halle. Here Francke commenced his life's work, which through a focus on individual allowed Martin Luther's ideas to take root in the heart of society and beyond borders of Europe.



# andrassy

NACHRICHTEN

2018  
Sommersemester

NACHRICHTEN  
DER  
ANDRÁSSY  
UNIVERSITÄT  
BUDAPEST



ANDRÁSSY  
UNIVERSITÄT  
BUDAPEST

## **IMPRESSUM**

14. Ausgabe der Andrassy Nachrichten (8. Jahrgang, 1. Ausgabe), Auflage: 1500 Stück, Erscheinungsdatum: 13.02.2018

Herausgeber: Prof. Dr. Dietmar Meyer, Rektor  
der Andrassy Universität Budapest

Redaktion: Dr. Orsolya Lénárt, Referat für  
Marketing und Kommunikation

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Zsuzsa Urbán

Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte  
sinngerecht zu kürzen und zu bearbeiten.

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei  
den jeweiligen AutorInnen.

Foto Titelseite: Rudolf Karancsi

Sofern nicht anders angegeben, liegen die  
Urheberrechte der weiteren Abbildungen bei der  
Andrassy Universität Budapest (im Speziellen bei  
Gábor Ancsin und Zoltán Tuba oder den jeweiligen  
AutorInnen), oder diese sind gemeinfrei.

Andrassy Universität Budapest

Pollack Mihály tér 3.

H-1088 Budapest

Telefon: +36 1 266 3101

[www.andrassyuni.eu](http://www.andrassyuni.eu)

USt-Id-Nr.: HU18173967

# 2018/1

Diplomübergabe: Das neue Studienjahr 17/18 wurde feierlich eröffnet. – S. 3



## INHALT

**VORWORT DES REKTORS**

2

**AKTUELLES** | Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2017/2018 und Diplomübergabe | Trauer um Miklós Kengyel | Happy Birthday Austrian Marshall Plan Center for European Studies – New Orleans! | 4th Danube Participation Day | Re-Nationalisierungstendenzen in Ostmitteleuropa | Delegation der Aussenpolitischen Kommission des schweizerischen Nationalrats zu Gast an der AUB | Junges Deutsch-Ungarisches Forum | Bayerischer Besuch in Budapest | Neuerscheinung im Wintersemester 2017/18

3

**GASTBEITRAG** | Freiheit durch Glauben

10

**VERANSTALTUNGEN IM WINTERSEMESTER 2018**

13

Ringvorlesungen des Studienganges IEB | Flashlight IB: Deutschland nach der Bundestagswahl | Contemporary Jewish and Israeli Perceptions of Jesus and the Catholic Church | Ukraine – The limits of diplomacy | Diskussionsrunde | Zukunft Europas | Die Kulturdiplomatie Österreichs | 25 Jahre Maastrichter Verträge | Bosnien und Herzegowina heute | Goethe & Kommunikation kombinieren! | Staatenzerfall als Herausforderung für die Diplomatie | 500 Jahre Reformation | Europäische Zustände | Die Zusammenarbeit der preußischen und ungarischen Kultusminister in der Zwischenkriegszeit | Aktuelle Aspekte eines österreichisch-ungarischen Kompromisses. | Bosnia, 22 Years between Cold Peace and Cold War | The Western Balkan's Diversity of Identities | Monarchie in einer Familie | Die gute Reform | Eszter Kováts über die Ergebnisse ihrer Gender-Forschung

**PORTRAIT** | Otto-Friedrich-Universität Bamberg

34

**SEMESTERRÜCKBLICK DER STUDIERENDESCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI** | Andrássy Ball 2017 | Grenzüberschreitende Lehre zwischen dem Freistaat Bayern und Ungarn | #refugeepanorama | 4. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquium im Rahmen der Kooperation zwischen der AUB und Trentino Südtirol | Debattierworkshop von Konrad Gütschow | Die AUB im Herzen Europas – Brüssel-Exkursion 2017

36

**STUDIUM** | In Leipzig studieren

43



500 Jahre Reformation:  
Die Veranstaltung zum  
500-jährigen Jubiläum.  
S. 10



#refugeepanorama:  
Was ist eigentlich in Europa  
los und wer steht wie dazu?  
Wenn Studenten sich treffen,  
um gemeinsam zu diskutieren.  
S. 39

# Vorwort des Rektors

## Reformation und andere historische Ereignisse

Das Jahr 2017 war ein Jahr mit einer Vielzahl bedeutender Jubiläen und Jahrestage. Das Jubiläum des Jahres war dabei zweifellos der 500. Jahrestag der Reformation. Als der Augustinermönch Martin Luther am 31. Oktober 1517 seine berühmten 95 Thesen an das Tor der Schlosskirche zu Wittenberg heftete, wollte er wohl in erster Linie seinen Protest gegen die damals gängige Praxis seiner römisch-katholischen Kirche – das bekannteste Beispiel ist wohl der Ablasshandel – zum Ausdruck bringen. Das Ergebnis war die Entstehung und unerwartet schnelle Verbreitung einer neuen christlichen Konfession. Die Reaktion Roms war die Gegenreformation, die sich jedoch nicht nur auf die Verfolgung der Anhänger der neuen Konfession beschränkte, sondern auch Forderungen von Luther zur moralischen Erneuerung der römisch-katholischen Kirche übernahm.

Schaut man sich die Geschichte des vor 150 Jahren zustande gekommenen Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn an, dann stellt man fest, dass auf die Reformepoche 1825-1848 die Revolution 1848/49 folgte. Der Führer der sich den Unruhen an-



schließenden Retorsionen war Julius von Haynau, der im Jahre 1849 von Kaiser Franz Josef als Feldzeugmeister nahezu uneingeschränkte Rechte in Ungarn erhielt. Auf seinen Befehl hin wurden hunderte ehemalige Aufständische hingerichtet. Und es war im Jahr 1867 derselbe österreichische Kaiser, der mit Vertretern des Königreichs Ungarn den Vertrag über den Ausgleich unterzeichnete, der den Ungarn die Bauernbefreiung und dem sich im östlichen Landesteil der neuen Monarchie gerade entfaltenden Bürgertum die Möglichkeiten bot, die ökonomischen und sozialen Gesetze des Kapitalismus auszunutzen.

Im Jahr 2017 konnte auch auf 25 Jahre des Maastrichter Vertrages zurückgeblickt werden. Während die ersten beiden erwähnten Ereignisse auch von Erschütterungen der bestehenden Strukturen begleitet waren, kann das am 7. Februar 1992 in der niederländischen Stadt unterzeichnete Abkommen als organische Fortsetzung des mit den

Römischen Verträgen begonnenen Prozesses der europäischen Integration betrachtet werden. Doch dieser Prozess ist in den letzten Jahren nicht frei von Störungen verlaufen: Man denke nur an den Brexit, an die Euro- und Schuldenkrise oder die doch ziemlich kontroversen Diskussionen bezüglich der Flüchtlings- und Migrantenproblematik.

Die Welt hat sich nie und wird sich auch in Zukunft nicht gradlinig entwickeln. Es wird immer Zeiten geben, in denen der Fortschritt sich nahezu wie von selbst verwirklicht, aber es wird auch immer Phasen geben, in denen man trotz großer Anstrengungen auf der Stelle zu treten scheint. In Europa sieht es eher nach der zuletzt genannten Situation aus. Trotzdem bin ich mir sicher, dass – wie auch bei den vergangenen Ereignissen der Geschichte – aus den aktuellen Herausforderungen eine positive Wendung hin zu einem geeinten Europa hervortreten kann. Genau deshalb gibt es einen Grund mehr für die Andrássy Universität, ihrer Brückenfunktion unter dem Motto „Europa gestalten“ verstärkt gerecht zu werden!

Mit herzlichen Grüßen:

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Dietmar Meyer'.

Dietmar Meyer

# Aktuelles

## NACHRICHTEN AUS DEM UNIVERSITÄTSLEBEN

### Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2017/2018 und Diplomübergabe



**Seit dem 15. März 2017 ist Rektor Prof. Dr. Dietmar Meyer im Amt: Nun eröffnete er in seiner neuen Funktion am 8. September 2017 zum ersten Mal ein Studienjahr und übergab die Abschlussurkunden an die AbsolventInnen der AUB.**

In seiner Festrede blickte er auf ein ereignisreiches Sommersemester 2017 mit der neuen Universitätsleitung zurück und gab einen Ausblick auf die Pläne für die kommenden Semester unter seiner Leitung. Er lobte das Verhalten der Studierenden und MitarbeiterInnen der Universität in dieser Zeit und sprach seinen Dank aus.

„Durch Ihr Studium an der AUB haben Sie diese Universität mitgeprägt. Sie haben in den ‘Festen des Wissens’ nicht nur die Kenntnisse oder Erkenntnisse,

die Sie sich im Laufe Ihres Studiums angeeignet haben, wiedergegeben, sondern Sie haben auch den Lehrenden Signale gesetzt, was gut war, und was eventuell verändert werden könnte. Sie haben mit Ihren Aktivitäten im kulturellen, sozialen oder sportlichen Bereich das Universitätsleben bereichert und damit einen Beitrag geleistet, die Universität zu dem zu machen, was sie heute darstellt. Mit anderen Worten: Sie haben sich mit der Universität identifiziert und dafür gebührt Ihnen unser Dank!“

Im Anschluss würdigte der Rektor im Namen der Universität den ehemaligen Vorsitzenden des Universitätsrats Prof. Dr. Peter Hommelhoff für sein langjähriges Engagement. Dieser gratulierte seinerseits den AbsolventInnen und beglückwünschte sie und alle Studierenden zu der

Entscheidung, an einer „außergewöhnlichen Institution“ wie der AUB zu studieren, bevor er sich in seiner Festrede dem europäischen Konzernrecht widmete.

Fanny Orbán und Lukas Knopp begrüßten als Vorsitzende der Studierendenschaft die neuen Studierenden und verabschiedeten ihre KommilitonInnen: „Wir wünschen euch für die Zukunft das Allerbeste und einen guten Start in den nächsten Lebensabschnitt. Wir hoffen, dass es euch noch das ein oder andere Mal an die AUB zurückführen wird.“

Hanna Hittner hieß als Vertreterin des Alumni-Vereins der AUB die AbsolventInnen im Kreise der Alumni willkommen und legte ihnen ans Herz, auch weiterhin mit der Universität verbunden zu bleiben und dem Verein

Rektor Dietmar Meyer ist seit dem 15. März im Amt.



nen des neuen Förderprogramms für Studierende im Master Management and Leadership. Das Frauenförderprogramm "Diversität und Digitalisierung" steht unter der Schirmherrschaft der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DU-IHK) und der Deutschen Botschaft Budapest und wird in Kooperation mit den Partnerunternehmen Budapest Airport Zrt., innogy Hungaria Kft., Mercedes-Benz Manufacturing Hungary Kft., PHOENIX Hungaria Holding Zrt., Porsche Hungaria Kereskedelmi Kft. und der Siemens Zrt. durchgeführt.

Durch das Programm der Eröffnung des 15. Studienjahres mit Diplomübergabe am 8. September 2017 führte Dr. Georg Trautnitz, Prorektor für Lehre und Studierende.

beizutreten: „Wir sind ein Zusammenschluss von Ehemaligen, die eine tolle Zeit in Budapest hatten und für die die Zeit an der AUB mehr war als bloß zu studieren; Ehemalige, die hier Freunde oder die große Liebe gefunden haben und die bis heute Tränen lachen, wenn sie von Ereignissen erzählen, die sie in dieser Zeit erlebt haben!“

Im Anschluss wurden die Urkunden an die erfolgreichen DoktorandInnen und die Abschlussurkunden an die Masterstudierenden der AUB übergeben. Einen besonderen Programmpunkt bildete zum Abschluss der Feierlichkeiten die Übergabe der Urkunden an die ersten StipendiatIn-



Lukas Knopp und Fanny Orbán (v.l.), Vorsitzende der Studierendenschaft, verabschieden die Kommilitonen.

## Trauer um Miklós Kengyel



Die Andrassy Universität Budapest trauert um ihren Altrektor Prof. Dr. Miklós Kengyel, der am 4. Oktober 2017 im Alter von 64 Jahren verstarb.

Professor Kengyel bekleidete zwischen 2003 und 2007 in zwei Amtsperioden das Amt des Rektors der AUB und hat sich nicht nur in dieser Funktion um diese Institution große Verdienste erworben. Im direkten Anschluss an die Gründungsphase gelang es ihm, die noch junge und in vielerlei Hinsicht einzigartige Hochschuleinrichtung weiter zu stabilisieren und

sie in die ungarische und europäische Hochschullandschaft zu integrieren.

Zwischen 2008 und 2009 leitete Professor Kengyel die Doktorschule der AUB, und auch nach dieser Zeit war er

aus dem akademischen Leben unserer Universität nicht wegzudenken. Seine Forschungsschwerpunkte lagen vor allem im Bereich des europäischen und vergleichenden Zivilprozessrechts.

Mit ihm verlieren wir einen einzigartigen Hochschullehrer, einen hoch geschätzten Kollegen und Freund. Unsere Gedanken sind bei ihm und seinen Angehörigen.

## Happy Birthday Austrian Marshall Plan Center for European Studies – New Orleans!



**Anlässlich des 20. Geburtstags des Austrian Marshall Plan Center for European Studies lud dessen Direktor Prof. Günter Bischof zum offiziellen Festakt am 11. Oktober nach New Orleans ein. Das Center wurde 1997 gegründet und war Resultat des engen wissenschaftlichen Austausches zwischen der Universität Innsbruck und der University of New Orleans. Bereits seit 1976 wurden wichtige Grundsteine für die spätere Gründung des Centers gelegt.**

Den Auftakt der feierlichen Veranstaltung bildete ein gemeinsamer Umzug durch die kleinen belebten Gassen des beliebten French Quarters im Herzen von New Orleans. Wie in der Stadt der Jazzmusik nicht anders zu erwarten, wurde die Gruppe aus FreundInnen und UnterstützerInnen des Centers von einer

Jazzkapelle angeführt und weckte die Neugier vieler Passanten. Mit weißen Winkelementen zogen die TeilnehmerInnen zum Veranstaltungsort der Feierlichkeiten. Namhafte RepräsentantInnen der Republik Österreich sowie VertreterInnen der Center Austria weltweit nahmen die Reise an die Stadt am Mississippi River auf sich, um dem Center Austria New Orleans die Ehre zu erweisen und den runden Geburtstag angemessen zu feiern. Neben dem Gründungsvater Dr. Gordon „Nick“ Mueller gratulierten der Österreicherische Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika, Dr. Wolfgang Waldner, der Präsident der Austrian Marshall Plan Foundation, Dr. Wolfgang Petritsch, Dr. Christof Ramoser, Vertreter des Österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

(seit dem 8. Januar 2018 Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), der Rektor der Universität New Orleans, Dr. John Nicklow, sowie die Leiterin des Internationalen Dienstes und Koordinatorin für Internationale Angelegenheiten der Universität Innsbruck, Dr. Barbara Tasser, mit einer Rede. Auch Dr. Georg Kastner, Professurleiter für Geschichte der AUB und Prof. Dr. Dieter A. Binder, Leiter des Lehrstuhls für Kulturwissenschaften, waren Teil der Festlichkeiten.

Der fröhliche Abend fand seinen Ausklang bei angeregten Gesprächen, Musik und einem gemeinsamen Essen.

Wir wünschen dem Austrian Marshall Plan Center for European Studies New Orleans alles Gute zum 20. Geburtstag und "Laissez les bon temps rouler – Let the good times roll".

*Silke Antje Kropf*

## 4th Danube Participation Day

*Bottom Up and Top Down: Science meets Innovation and Sustainability  
– The Agenda of Participation in EU Macro-Regional Strategies*

**Der vierte Danube Participation Day fand am 17. Oktober 2017 in den Räumlichkeiten der AUB statt. Ausgerichtet wurde der Kongresstag vom Danube Civil Society Forum (DCSF), der Baden-Württemberg Stiftung und der Priority Area 10 „Institutional Capacity & Cooperation“.**

Mit dem Fokus auf der besonders aktuellen Thematik „Bottom Up and Top Down: Science meets Innovation and Sustainability – The Agenda of Participation in EU Macro-Regional Strategies“ trafen sich internationale Vertreter zivilgesellschaftlicher Einrichtungen, wissenschaftlicher Institutionen und NGOs, um den Austausch über partizipative gesellschaftliche Prozesse in der Donau-Region anzuregen, zu stärken und Kontaktnetzwerke zu schaffen.

Nach einer kurzen Begrüßung und den Einführungsworten von Haus- und Veranstalterseite begann der Vormittag mit einer Keynote von Dr. Andre Baumann, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg. Baumann sprach in seinem Vortrag über die

enormen Vorteile der Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen und wie aus der Theorie, Bürger in die Politik einzubeziehen, Praxis werde. Er betonte, wie wichtig Informationen, Dialoge und Streitgespräche mit und für die Bürger seien – trotz des hohen Aufwandes.

Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Leiter des Lehrstuhls für Politische Theorie und europäische Demokratieforschung an der AUB, betrachtete die Thematik aus einer wissenschaftlicheren Perspektive. Demokratische Erneuerungen seien nur mit Partizipation der Bürger zu erreichen, erklärte er.

In einem Inputvortrag zu „The state of civil society in Central and Eastern Europe“ zeichnete Clara Moder vom Social Entrepreneurship Center der Wirtschaftsuniversität Wien nochmal den aktuellen Stand der Forschung bezüglich des sozialen Engagements in Zentral- und Osteuropa nach. Als besonders großes Problem in der Praxis erörterte sie die schwierige Finanzierung der Maßnahmen zur Einbindung der Bürger.

Im Anschluss folgten die Panel-Diskussionen und reger Austausch mit dem Publikum. Bei der Präsentation

der Ergebnisse sprach Daniela Stojkovic, Gründungsmitglied des DCSF's, über die Resultate der Arbeit von „National Civil Society“ in der Donau-Region 2017. Sie betonte die Rolle des National Participation Days (NPD) als nationale Plattform im Dialog mit der „EU strategy for the Danube region“ (EUSDR). Außerdem wurden die Ziele und Perspektiven des NPDs vorgestellt. Zu den zentralen Erkenntnissen zählte, dass man heute im Allgemeinen mehr Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen brauche, sowie stärkere Netzwerke und mehr Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren.

György Konrád, der namhafte ungarische Autor, und Gisela Erler, die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, sprachen abschließend darüber, wie wichtig heutzutage das zivilgesellschaftliche Engagement in Europa sei.

*Laura Braun, Tatiana Tsutsor*



## Re-Nationalisierungstendenzen in Ostmitteleuropa und die Zukunft der Europäischen Union

*Vortrag im Rahmen der Budapest-Exkursion einer Studierendengruppe aus Wuppertal zum Thema „Deutschland, Ungarn und Europa - ein politisches Spannungsverhältnis“*

**Zwischen dem 23. und 27. Oktober 2017 organisierte die Bergische Universität Wuppertal eine Exkursion für Studierende zum Thema „Deutschland, Ungarn und Europa - ein politisches Spannungsverhältnis“. Die Andrássy Universität lud die TeilnehmerInnen zu einem Vortrag über Re-Nationalisierungstendenzen in Ostmitteleuropa ein, den auch AUB-Studierende besuchten.**

Prof. Dr. Hendrik Hansen, Leiter des Lehrstuhls für Internationale und Europäische Politik und Verwaltungswissenschaften der AUB, erörterte in seinem Vortrag Ursachen der Re-Nationalisierung in Europa und fragte, wie die Europäische Union konzeptionell darauf reagieren kann.

Der Referent erläuterte einleitend die zentralen Elemente des ungarischen Nationalbewusstseins, das sich

nicht allein aus Sprache und Kultur speist, sondern aus der Erfahrung der Gemeinschaft als „Schicksalsgemeinschaft“: Bedeutende Momente der Geschichte werden im Nachhinein in nationalen Mythen als gemeinschaftsstiftend erinnert. Sieben solcher Mythen von der Landnahme über die Niederlage bei Mohács, die Revolution von 1848 und den Volksaufstand 1956 werden dargestellt; da-



Daniel Lorberg, Hendrik Hansen, Ellen Bos, Johanna Weber und die Studierendengruppe aus Wuppertag.



bei zeigt sich, dass Ungarn meistens die Rolle eines Opfers seiner Nachbarn zukommt. Dieser Opferrolle, verbunden mit dem Bewusstsein der Einzigartigkeit von Volk und Sprache, ist bestimmend für das Nationalbewusstsein aus Sicht der Nationalkonservativen.

Der Erfolg des Nationalkonservatismus lässt sich aus der Abwendung vieler Ungarn von der Politik der Vorgängerregierungen erklären

(eine Schlüsselrolle spielte die „Lügenrede“ des früheren Ministerpräsidenten Gyurcsány) und aus der geschickten Nutzung der Migrationskrise; es wird das Feindbild eines die nationale Einheit bedrohenden kosmopolitischen Europas beschworen. Trotz der irritierenden Rhetorik der ungarischen Regierung empfiehlt Hansen, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen und auf den Dialog zu setzen. Angesichts der

Re-Nationalisierung in vielen EU-Mitgliedstaaten ist es notwendig, die Frage, wie europäische Integration und nationale Orientierung vereinbar sind, neu zu stellen.

Ebenfalls fanden im Rahmen der Exkursion eine Diskussion über Meinungs- und Pressefreiheit in Ungarn mit dem Journalisten Márton Gergely, ein Besuch der Deutschen Botschaft, sowie ein Vortrag zum Thema „Kin-State/Minderheitenpolitik Ungarns“ von Zoltán Kántor von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften statt. Eingeladen war die Exkursionsgruppe auch zu einer Diskussionsveranstaltung der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer, welche die Möglichkeit bot, mit DUIHK-Geschäftsführer Gabriel Brennauer über „Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn im europäischen Kontext“ zu debattieren. Abschließend hatten die Studierenden Gelegenheit, sich sowohl mit Prof. Dr. Péter Balázs (Central European University) über die Agenda „Hungary and its new Higher Education Act - Lex CEU“ auszutauschen, als auch mit István Hegedűs (Hungarian Europe Society) über die Zukunft Ungarns in der Europäischen Union zu diskutieren.

**Bálint Lengyel**

## Delegation der Aussenpolitischen Kommission des schweizerischen Nationalrats zu Gast an der AUB

Universitätsleitung und Studierende diskutierten mit der Delegation des schweizerischen Nationalrats mit Herrn Botschafter Peter Burkhard über die AUB und die derzeitigen Herausforderungen in Ungarn und Europa.

Am 26. Oktober 2017 wurden zunächst die Andrássy Universität und deren Projekte mit einem Bezug zur Schweiz vorgestellt. Danach konnten die Studierenden über ihre Erfahrungen an der AUB berichten. Der Besuch wurde mit einer allgemeinen Diskussionsrunde abgeschlossen.



Die Vertretung der AUB und der schweizerische Nationalrat symbolisieren die Verbundenheit Ungarns und der Schweiz.

## Junges Deutsch-Ungarisches Forum



Panels und Diskussionen waren Teil des JDUF-Programms und trugen zur Meinungsbildung bei.

Rund 50 junge SchülerInnen, Studierende und BerufsanfängerInnen kamen am 2. und 3. November anlässlich des siebten Jungen Deutsch-Ungarischen Forums (JDUF) in Berlin zusammen. Highlight in diesem Jahr war, dass das Event separat vom Deutsch-Ungarischen Forum in einer alten Partnerschaft der Andrassy Universität Budapest und des Deutsch-Ungarischen Jugendwerks e.V. organisiert wurde. Im Rahmen der Veranstaltung diskutierten die Teilnehmenden mit Vertretern der Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über aktuelle Brennpunkte der deutsch-ungarischen Beziehungen.



Fotos: Kosowska



Dieter A. Binder lieferte seinen Beitrag aus der Geschichtswissenschaft.

Nach einer kurzen Begrüßung von Dr. Babette Winter, Staatssekretärin für Europa und Kultur in der Thüringer Staatskanzlei und Ko-Vorsitzende der Thüringisch-Ungarischen Gemischten Regierungskommission, wurde die Veranstaltung durch die beiden Botschafter, S.E. Dr. Péter Györkös und S.E. Volkmar Wenzel, eröffnet. Anschließend gab Csaba Hende, Vizepräsident der ungarischen Nationalversammlung, mit seinem Vortrag über die Rolle der nationalen Parlamente im vereinten Europa die ersten Impulse für die Diskussion.

Einleitend ins spätere Programm gaben die ExpertInnen eine kurze

Einführung. Am Nachmittag hatten die Teilnehmenden dann die Möglichkeit, sich in kleinen Gruppen über sechs verschiedene Themen auszutauschen:

- *Können wir 100 Jahre nach dem Versailler Vertrag und dem Vertrag von Trianon etwas für die Zukunft mitnehmen? – Prof. Dieter A. Binder, Andrassy Universität Budapest*
- *Erasmus 30: Wie können wir die Mobilität zwischen Ungarn und Deutschland steigern? – Katrin Fohmann, Deutscher Akademischer Austauschdienst*



Fotos: Kosovska

- *Fake News, Facebook & Co: Welchen Einfluss haben Medien auf Politik, Gesellschaft und mich? – Ann Cathrin Riedel, Das Progressive Zentrum e.V. & Mitglied des Vorstands von LOAD e.V.*
- *Deutschland und V4: Wachstumsmotor für Europa. – Krisztina Varju, Beauftragte der ungarischen Regierung für den V4-Vorsitz*
- *Nachhaltige Wirtschaft: Können Unternehmen ethisch handeln? – Dr. habil. Georg Trautnitz*
- *Warum fliehen Menschen aus ihrer Heimat? Herausforderun-*

*gen für die Politik bei der Fluchtursachenbekämpfung. – Sigrid Sommer, Auswärtiges Amt*

Die erarbeiteten Erkenntnisse und Lösungsvorschläge wurden abschließend im Plenum vorgetragen. Die Teilnehmenden bekamen Antworten auf die Fragen, was Push- und Pull-Faktoren bei dem Thema Flucht und Migration seien und hörten Beispiele, wie Fluchtursachen vor Ort und im Ankunftsland im Rahmen der Entwicklungspolitik bekämpft werden. Sie diskutierten über tagesaktuelle Themen wie Fake-News und brachten u.a. die Wichtigkeit der Medienbildung im Kindesalter als ein gutes Vorbeugungs-

element zur Sprache. Anstatt sich auf Differenzen zu konzentrieren, machten sich die Teilnehmenden weiterhin Gedanken über Kooperationsmöglichkeiten zwischen Deutschland und den Visegrád-Staaten und lenkten die Aufmerksamkeit des Publikums auf kulturelle und weitere Ähnlichkeiten.

Die Veranstaltung konnte mit der großzügigen Unterstützung des Auswärtigen Amtes und des Ministeriums für Auswärtigen und Außenhandel von Ungarn verwirklicht werden.

**Fanny Deák**



## Besuch des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Bayerischen Landtages in Ungarn

*Diskussionsrunde mit bayerischen Studierenden und wissenschaftlichem Personal der AUB*

Hoher Besuch an der AUB: Am 21. November 2017 traf der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Bayerischen Landtages im Spiegelsaal auf die VertreterInnen der AUB.

Die Universität wurde durch den Rektor, Prof. Dr. Dietmar Meyer vorgestellt. Anschließend folgte ein Gespräch mit der Delegation. Studierende und aus Bayern entsandte WissenschaftlerInnen berichteten den interessierten Abgeordneten über ihre positiven Erfahrungen an der AUB.

**Zita Hille**



## Neuerscheinung im Wintersemester 2017/18

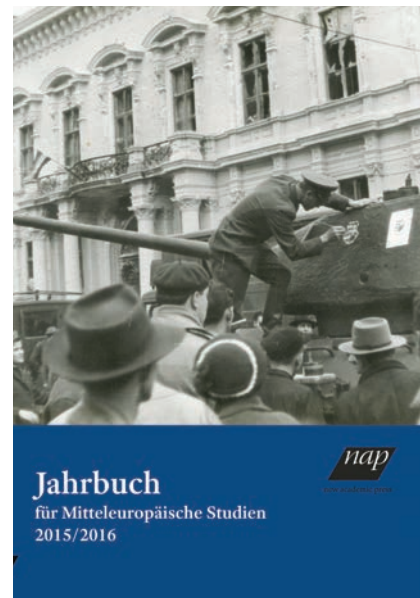
### „Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien 2015/2016“

Herausgegeben vom Mitteleuropazentrum  
Andrássy Universität Budapest  
(new academic press 2017)

Das Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien versteht sich als Medium zur Darstellung neuester Forschungsergebnisse aus den Bereichen Geschichte und Kultur der Donaumonarchie und ihrer Nachfolgestaaten. Es dient sowohl arrivierten Kräften als auch dem wissenschaftlichen Nachwuchs als Plattform. Das als Herausgeber fungierende Mitteleuropa-Zentrum an der AUB legt dabei besonderen Wert auf Interdisziplinarität und Internationalität. Die publizierten

Beiträge durchlaufen einen mehrstufigen Begutachtungsprozess.

Die Ausgabe 2015/16 widmet sich schwerpunktmäßig dem ungarischen Volksaufstand von 1956, der sich im Jahr 2016 zum 60. Mal jährte. Die Beiträge zu dem Themenschwerpunkt beleuchten bislang unbekannte oder wenig beforschte Aspekte des Ereignisses, die zum Teil ein völlig neues Licht auf die Vorgänge sowohl in Ungarn als auch auf der Ebene der globalen Außenpolitik werfen. Die weiteren Beiträge in dem Band stellen die neuesten Forschungsergebnisse der am Mitteleuropa-Zentrum und seinen Partnerinstitutionen tätigen Forscherinnen und Forscher dar.



## Gastbeitrag

### Freiheit durch Glauben

**Luthers Ehefrau, Melanchthons Taschenuhr, Calvins wissenschaftlicher Ansatz – der weltliche Vorsteher der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn, Gergely Pröhle, porträtiert den Protestantismus mittels symbolischer Persönlichkeiten, Orte und Gegenstände.**

Wie genau die Veröffentlichung jener 95 Thesen geschah, deren 500. Jubiläum wir am 31. Oktober feierten, wissen wir nicht. Gewiss hingegen ist, dass der am 11. November 1483 geborene, als Martin Ludher ins Taufbuch eingetragene Augustinermönch mit seinen Thesen nun nicht mehr nur eine Debatte innerhalb der Kirche, des Klosters oder der Universität anregen wollte, sondern am Vorabend von Allerheiligen an einem der belebtesten Plätze der Stadt Wittenberg alle ansprechen wollte.

#### Sola fide

Wer heute die Kleinstadt an der Elbe besucht, kann sich nur schwer vorstellen, dass er an der Quelle einer Strömung steht, die das Verhältnis des Menschen zu Gott, zum Wissen, zur persönlichen Verantwortung und zu seinen Mitmenschen grundsätzlich

verändert hat. Aus der von Friedrich III. von Sachsen 1502 gegründeten Universität ist nie eine große Einrichtung geworden. Die Stadt hat auch ihren etwas verschlafenen Charakter bewahrt, an dem selbst die großen Jubiläumsveranstaltungen dieses Jahres nicht viel geändert haben.

Der genius loci vermittelt allerdings auch selbst eine Botschaft: eine kleine Universität, eine enge Gemeinschaft oder die Autonomie, die Geistesfrische und die Agilität des Einzelnen können selbst in Angesicht von für unfehlbar gehaltenen Institutionen und Machthabern zum Hervorbringen epochaler Gedanken beitragen. Die Erhebung des einzelnen Menschen dadurch, dass er durch die Heilige Schrift angesprochen wird (sola scriptura), dass er durch den Glauben (sola fide) Anteil an der göttlichen Gnade erlangen

kann (sola gratia), das Christus auch sein Erlöser ist (solus Christus), hat den Zeitgenossen eine Erfahrung verliehen, die sich bis heute auf das Denken im Allgemeinen auswirkt.

Mit der Bedeutung des Datums des 31. Oktobers war sich der Reformator durchaus im Klaren. Er hat ja – neben der Veröffentlichung seiner Thesen – an diesem Tag seinen Brief an den Mainzer Bischof Albrecht, den ranghöchsten geistlichen Würdenträger des Reiches, verfasst, in dem er den Ablasshandel eine „grundsätzlich falsche Auslegung“ nannte, durch die die „armen Seelen“ glauben, ihr Seelenheil sei gesichert. Als erster unterzeichnet „das unwürdige Kind“, wie der Autor sich selbst nennt, diesen meisterhaft verfassten Text als Martinus Luther. Der Namenswechsel weist auf das griechische Wort „elutherios“ hin, dessen Bedeutung „der Freie“, d.h. der durch das Lesen des Evangeliums frei gewordene Mensch ist.

Die durch das Studium des Wortes Gottes erreichte Freiheit, der daraus



geschöpfte Mut hat über die Formulierung der theologischen Wende hinaus auch die Machtverhältnisse des Römisch-Deutschen Kaiserreiches erschüttert. Die Infragestellung der Praxis der Ablassbriefe kritisierte nämlich den Prozess der Geldflüsse aus dem Norden in den Süden, was aus der Frage nach den Möglichkeiten zum Erlangen des Seelenheils ein gravierendes politisches Problem machte. Auch 1517 war es nämlich schon klar, dass die deutschen Kurfürsten, die ihr Vermögen und die Kaufkraft ihrer Untertanen schützten, sich nicht darüber freuten, wenn das Geld nach dem Süden floss, selbst wenn dies zu solch edlen oder – aus historischer Perspektive – erhabenen Zwecken wie dem Bau der Peterskirche geschah. Wer Parallelen zwischen den damaligen und den heutigen Interessenkonflikten sieht, ist nicht weit von der Wahrheit entfernt, auch wenn die gegenwärtigen Finanzdebatten der EU keinen theologischen Bezug haben.

Die Reformation fand sich also schon vom ersten Augenblick an in einem politischen und wirtschaftlichen Spannungsfeld wieder, das ein sehr praktisches Denken erforderte, dessen Betrachtung unsere Aufmerksamkeit aber nicht von den theologischen Grundsätzen ablenken darf. Martin Luther, Philipp Melanchthon und spä-

ter Jean Calvin und Ulrich Zwingli waren nämlich herausragende Wissenschaftler und keineswegs Handlanger weltlicher Mächte, auch wenn wir wissen, dass sich später blutige Kriege und Jahrhunderte lange politische Gegensätze zwischen den Anhängern und den Gegnern der Lehren der Reformation entwickelten.

Die Wittenberger Ausstellung zum 500. Jubiläum der Reformation, die 95 Exponate aus jener Zeit, darunter das in Ungarn aufbewahrte Testament Luthers, porträtiert die wichtigsten Persönlichkeiten dieser Periode, indem sie die Anfänge einer global gewordenen Glaubensbewegung im Alltagsleben darstellt.

Schon das am Rand der Innenstadt Wittenbergs aufgestellte, uns an das Feszty-Panorama erinnernde Asisi-Panorama, das Werk des Malers und Aktionskünstlers Yadegar Asisi, stimmt den Besucher ein. Jeder kann für sich selbst entscheiden, wie künstlich oder kitschig er ein solches, das Stadtleben im Jahr 1517 darstellendes Tableau findet, es ist aber unleugbar, dass die Darstellung der damaligen Sitten, der Brutalität des Lebens und der blutigen Wahrheit zu verstehen hilft, unter welchen Umständen Luther und seine Genossen das Denken zunächst in ihrem engeren Kreis und später in ganz Europa verändert haben.

## Tischreden

Durch den Besuch der Wohnstätten Luthers, Melanchthons und Lucas Cranachs des Älteren, der drei Hauptakteure der mittelalterlichen Stadt, wird einem klar, was für eine Maschinerie mit durchorganisierter Logistik hinter dem bis heute überwältigenden geistigen und künstlerischen Schaffen dieser Menschen stand. Der Haushalt Luthers beeindruckt nur schon dadurch, dass oft Dutzende Studierenden, auch ausländische, dort wohnten. In dieser sprachlichen und kulturellen Vielfalt gab der von der Ehefrau, Katharina von Bora, geführte Haushalt jeden Tag 50-60 Menschen Nahrung und saubere Unterkunft, während der Hausherr eine Reihe Bücher schrieb und seine Predigten vorbereitete, um abends jeweils in (von den Studierenden später aufgezeichneten) „Tischreden“ Zeit zum Erzählen zu finden – neben einem hausgebrauten Bier.

Auch der einige Häuser weiter weg wohnende Philipp Melanchthon verbrachte seinen Alltag im Trubel der Universität, und obwohl wir den Theologen Luther als Kirchengründer betrachten, ging Melanchthon mit seinem enzyklopädischen Wissen als praeceptor Germaniae, als Lehrmeister Deutschlands, in die Geschichte ein. Der familiäre Hintergrund des hageren Professors



Das Thema „500 Jahre Reformation“ begeisterte viele Studierende auch an der AUB.

weist ebenfalls auf die Bedeutung zeitgenössischer Netzwerke hin; Sein Onkel, Johannes Reuchlin (1455-1522), Philosoph, Jurist, Diplomat und der erste christliche Hebraist seiner Zeit, war derjenige, der die Fähigkeiten seines Neffen früh erkannte. Er hat nicht nur Melanchthons eigentlichen Namen, Schwarzherdt, ins Griechische übersetzt, sondern er hat auch seine Karriere als späterer, engster Mitarbeiter und Freund Luthers in die Wege geleitet.

In Wittenberg lehrte Melanchthon zunächst nur Griechisch, aber sein Wissen in Geschichte, Philosophie und seine Bibelkenntnisse machten ihn schnell zu einem der beliebtesten und wissenschaftlich anerkanntesten Lehrer der Universität. Dass er neben seiner Arbeit mehrere Tausend Briefe an seine ehemaligen Studenten und an Wissenschaftler in ganz Europa schrieb und mit anderen wissenschaftlichen Gruppen, so auch mit Jean Calvin, kooperierte, zeigt die überwältigende Energie, mit der er die Verbreitung der Reformationslehren vorantrieb. Eine anschauliche Vergegenständlichung des durchaus disziplinierten Lebens von Melanchthon ist seine Taschenuhr, eines der 95 Exponate, die einer der ersten kleinen Zeitmesser der Technikgeschichte aus dem 16. Jahrhundert ist.

Der Einfluss der ebenfalls einige Häuser weiter weg wohnenden Familie Cranach auf das Leben der Stadt und

den Reformationsprozess erinnert fast schon an moderne Praktiken zum Erlangen von politischem Einfluss und zur Kommunikation. Der ältere Lucas war nämlich über dreißig Jahre lang Ratsmitglied und jahrelanger Bürgermeister der Stadt. Wie er seiner Familie dadurch verschiedene Privilegien zum Betreiben von Apotheken, Druckereien oder zum Alkoholausschank beschaffen konnte, lassen wir lieber im Dunkeln. Es ist aber nicht abzustreiten, dass sein Einfluss auf seinen Leistungen beruhte: mit seinen Gemälden und Graphiken schuf er etwas Bleibendes für die Kunstgeschichte, und mit der Verständlichkeit seiner Bilder und der Kopiertätigkeit seiner Werkstatt leistete er einen epochalen Beitrag zur Verbreitung der Reformation. Man darf nicht vergessen, dass die überwältigende Mehrheit der Zeitgenossen weder schreiben noch lesen konnte, daher hatten Bilder und das gesprochene Wort eine besondere Bedeutung.

### Die muslimische Herausforderung

Die Zusammenarbeit und der Charakter der unterschiedlichen, einander aber stark unterstützenden Tätigkeit der drei Hauptakteure bildet die Grundlage für die Wirkung der Reformation. Und natürlich die Bibelübersetzung Luthers, die die deutsche und europäische Geistesgeschichte bestimmt hat, denn sie versprach Wissen in der Muttersprache,

nicht nur für die Auserwählten, die Latein sprachen. Die in Wittenberg studierten Ungarn, János Sylvester, Mátyás Dévai Bíró und andere Wanderstudenten nahmen diese Erfahrung mit nach Hause, womit die Prozesse, die zur Ausbildung reformierter Kirchen führten und die Entstehung einer nationalen Sprache und Kultur entscheidend unterstützten, auch bei uns beginnen konnten.

Die Veranstaltungen des 31. Oktobers und des ganzen Jahres bildeten den Auftakt zu einer Serie, mittels derer wir uns in den letzten Monaten des Jubiläumsjahres die die Entstehung des modernen Europas bestimmenden Gedanken und Geschehnisse in Erinnerung rufen konnten. Mit der Übersetzung der Bibel in die Landessprachen und der Stärkung des lokalen Selbstbewusstseins wurden die universelle Botschaft der Heiligen Schrift und die Universalität der Nächstenliebe sichtbar. Die so gewonnene Erkenntnis vergrößert die Freiheit des Einzelnen, aber auch seine Verantwortung. Die reformatorischen Grundsätze zu Ökonomie und Arbeit lassen Raum für den Wettbewerb. Die Rolle des Einzelnen wird, unter Beachtung der Verschiedenheit der Fähigkeiten, in unterschiedlichen Bereichen und unterschiedlichem Maß unterstützt, aber ständig wird auch an die Solidarität und die Verpflichtung, Armen zu helfen, erinnert.

Würden uns diese Gedanken nicht der Klärung unserer wirtschafts- oder sogar bildungspolitischen Debatten und der mit uns geschleppten Konflikte näher bringen? Und wenn wir mit Angst darauf blicken, wie sehr fremde Kulturen den durch die jüdisch-christliche Tradition und die Aufklärung bestimmten europäischen Wertekanon gefährden, und wenn wir mit Sorge die Verstocktheit des Glaubens radikaler Muslime betrachten, sollten wir nicht vergessen, dass die Hauptbotschaft der Reformation trotz all ihrer rationalen, weltlichen Folgen dennoch jene ist, dass wir durch den Glauben zu alldem fähig werden, worin deren Begründer so erfolgreich waren, und worin wir es ein halbes Jahrhundert später auch sein könnten.

**Gergely Pröhle**

*Die ungarische Version des Textes erschien in der Ausgabe vom 26. Oktober 2017 der ungarischen Wochenzeitung „Heti Válasz“.*

# Veranstaltungen im Wintersemester 2017/18

UNIVERSITÄT, LEHRSTÜHLE, DOKTORSCHULE

## Ringvorlesungen des Studienganges „International Economy and Business“

**Der Studiengang „International Economy and Business“ der AUB startete mit einem besonderen Programm in das Wintersemester: Die 6-teilige Ringvorlesung „Regionalentwicklung im ländlichen Raum“ wurde ins Leben gerufen. Die Studierenden bekamen hierdurch die Möglichkeit, sich eigenständig mit aktuellen Forschungsthemen innerhalb der Regionalökonomik auseinanderzusetzen, um darauf aufbauend eine eigenständige Forschungsarbeit durchzuführen.**

Die erste Veranstaltung in diesem Rahmen war „Overcoming urban bias for rural policy making in Central and Eastern Europe“ am 20. September 2017. Dr. Andrew Cartwright von der Central European University (CEU) stellte seinem Vortrag die Frage voran, ob der ländliche Raum unbewusst oder bewusst von der Politik vernachlässigt oder gar voreingenommen behandelt werde. Dabei stellte er diverse Herausforderungen vor, die sich aus einer sozioökonomischen Perspektive für ländliche Regionen ergeben.

Die Vorlesungsreihe führten Prof. Dr. Harald Pechlaner und Dr. Ingrid Kofler am 27. September fort. Die beiden referierten zum Thema „Innovation und Netzwerke: Die Bedeutung regionaler Innovationsnetzwerke für den ländlichen Raum“. Augenmerk der Diskussion lag auf dem „Wettbewerb der Regionen“ in Anbetracht von Abwanderung, Arbeitslosigkeit, Infrastrukturabbau, Europäisierung und Globalisierung. Als ein möglicher Schlüssel zur Stärkung des ländlichen Raumes könnten demnach regionale Innovationsnetzwerke angesehen werden.

Den dritten Teil der Ringvorlesungen übernahm am 11. Oktober Dr. Balázs Lengyel mit seinem Vortrag „The Geography of Innovation in Central and Eastern Europe“. Lengyel, der seit 2013 u. a. am Forschungszentrum für Wirt-

schafts- und Regionalwissenschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) tätig ist, legte in seinem Vortrag den Fokus auf die Entstehung und Diffusion von Innovationsnetzwerken. Ferner erläuterte er aktuelle Herausforderungen für die Innovationspo-

University (CEU). Sie betonte in ihrem Vortrag die Chancen grenzüberschreitender Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union und skizzierte diese anhand der Entwicklung der European Grouping of Territorial Cooperation – kurz EGTC. Ferner ging sie auf die Bedeutung der Euregios ein, die eine wichtige Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit spielen und von der EU mit rund 6,6 Milliarden Euro unterstützt würden – auch in Ungarn bestünde Potenzial zur Weiterentwicklung dieser Zusammenarbeit.



Dr. Balázs Lengyel beim 3. Teil der Ringvorlesungen mit seinem Vortrag „The Geography of Innovation in Central and Eastern Europe“.

litik in Zentral- und Osteuropa. Hier sei man mit einer starken räumlichen Konzentration von Innovationsaktivität sowie einem Überhang ausländischer Patente konfrontiert. Ein möglicher Lösungsansatz sei die gezielte Förderung lokaler und internationaler Vernetzung.

Am 8. November folgte die Vorlesung „Legal innovations in cross-border areas focusing on EGTC’s“ von Dr. Sara Svensson, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Politikwissenschaften an der Central European

Die fünfte Veranstaltung hieß „Transformation zur Nachhaltigkeit: Die Rolle der Bioökonomie“ und fand am 6. Dezember statt. Prof. Dr. Andreas Pyka, der seit 2009 im Fachgebiet Innovationsökonomik an der Universität Hohenheim lehrt, brachte den Teilnehmenden die Ansätze der Bioökonomie näher. Spezifisch für die Bioökonomie sei es, dass diese einen Querschnittsansatz verfolge, der ölbasierte Produktion durch biobasierte Produktion grundsätzlich ersetzen möchte. Ebenfalls re-

ferierte er über Dedicated Innovation Systems' (DIS), in welchen sich Akteure miteinander vernetzten, um zu kooperieren und voneinander zu lernen, sodass anwendungsorientierte und nutzenstiftende essentielle Veränderungen eingeleitet werden könnten.

Den Abschluss der Ringvorlesung bildete der Vortrag „The role of geographical proximity for project performance – Evidence from the German ‚Leading-Edge Cluster Competition“

am 13. Dezember von Prof. Dr. Uwe Cantner, Lehrstuhl für Mikroökonomik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er behandelte die Ergebnisse der Begleitforschung und Cluster-Evaluierung zum Spitzencluster-Wettbewerb in Deutschland. Im Rahmen der Forschung konnte ein Mobilisierungseffekt im Sinne einer Intensivierung der Netzwerkstruktur ebenso festgestellt werden, wie eine verstärkte Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.



## Flashlight IB: Deutschland nach der Bundestagswahl

Vortrag von Prof. Dr. Frank Decker

**Knapp eine Woche nach der Bundestagswahl in Deutschland griff die Veranstaltungsreihe „Flashlight IB“ am 4. Oktober 2017 den spannenden Wahlausgang auf und lud Prof. Dr. Frank Decker, einen der bekanntesten deutschen Parteienforscher des Institutes für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, für eine Analyse der jetzigen Situation ein.**

Hierbei thematisierte Decker besonders die Frage, warum es die rechtspopulistische Partei AfD schaffen konnte, in den Bundestag einzuziehen. Zudem beantwortete sein Vortrag auch die Frage, wie die CDU und mit ihr Angela Merkel erneut stärkste Kraft werden konnte.

Die Faktoren für den Wahlausgang und das positive Abschneiden der Unionsparteien wurden präzise als die „7 K's“ vorgestellt. Ein Anker in Krisenzeiten sei Angela Merkel, der mehr Kompetenzen in verschiedenen Politikbereichen als ihrem SPD-Gegner, Martin Schulz, zugeschrieben werden. Zudem sei eine Wählerschaft in Zeiten guter Konjunktur eher weniger gewillt, eine Regierung abzuwählen. Ebenfalls sei der Kandidat der SPD mit fehlendem Willen aufgetreten und habe sich zu wenig von der CDU-Kandidatin abgegrenzt. Ein weiterer Faktor war die zu kurzfristig angelegte Kampagne der SPD und fehlende Koalitionsperspektiven ab einem bestimmten Punkt im Wahlkampf für die Sozialdemokraten. Zudem trug auch die neue Konkurrenz AfD zu einer Wählerabwanderung der Sozialdemokraten bei.

Die Zäsur des Bundestags mit Einziehen der AfD, begründe sich jedoch nicht nur mit einer Schwächung der etablierten Parteien. Auch auf sozioökonomische und soziokulturelle Probleme in Deutschland ging Decker ein. In sozialer Ungleichheit, die ein unterschiedliches Herangehen an beispielsweise die Flüchtlingsfrage in der Gesellschaft befeuere, sowie in Unsicherheiten bezüglich der kulturellen Identität sehe er einen weiteren Faktor für das Aufsteigen der AfD.

Die Regierungsbildung werde, laut Decker, aufgrund der einzigen Möglichkeit „Jamaika“ wohl schwierig und langatmig, jedoch könne man sich auf eine spannende Legislaturperiode freuen.

Deckers Vortrag ging weit über die üblichen Argumentationen nach einer Bundestagswahl hinaus, die man sonst in herkömmlichen und sozialen Medien zu lesen bekommt und war deshalb auch im Anschluss Stoff für angeregte Fragen des Publikums.



V.l.n.r.: Zoltán Tibor Pállinger, Ellen Bos, Frank Decker, Hendrik Hansen.



Laura Braun



# Ukraine – The limits of diplomacy

*Erste gemeinsame Konferenz des Zentrums für Diplomatie der AUB und der Konrad-Adenauer-Stiftung am 14. September 2017*

**Mehr als 80 überwiegend junge Interessierte nahmen an der Veranstaltung in der AUB über die vielfältigen aktuellen politischen, ökonomischen und kulturellen Herausforderungen der Ukraine teil.**

Dr. Ulrich Schlie, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II, erklärte in seiner Eröffnungsrede, dass die Diplomatie kein Allheilmittel sei und die Voraussetzung einer erfolgreichen Vermittlung in der Ukraine die Umsetzung von „trust and confidence“ sei. Frank Spengler, Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung, skizzierte in seinem Grußwort das breite Spektrum der Aufgaben des Stiftungsbüros in Kiew und wies darauf hin, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung gerade dabei sei, in Charkiw ein weiteres Büro einzurichten.

Thematisiert wurde zunächst die historische Entwicklung des Donezbeckens und anschließend die aktuelle Lage der Ukraine. Das Minsker Abkommen, das auf Initiative von

Angela Merkel zurückgehe, sei dabei besonders wichtig. Schließlich wurde ein Überblick über humanitäre, infrastrukturelle und energiepolitische Probleme des Landes gegeben. Das Dilemma zwischen dem Wunsch der Energieunabhängigkeit von Russland und der ökonomischen Realität sei dabei von besonderer aktueller Relevanz.

In der späteren Debatte wurde u.a. verdeutlicht, dass es sich im Ukraine-Konflikt nicht um einen regionalen, sondern um einen globalen Konflikt handele. Ebenso wurde herausgehoben, dass die Europäische Union nicht in der Position sei, das außenpolitische Vorgehen Russlands zu ändern. Die ungarisch-ukrainischen Beziehungen seien immer sehr gut gewesen und Ungarn sei auch weiterhin daran interessiert, dass das Nachbarland prosperiere. Dies zeige sich u.a. an der finanziellen Unterstützung des ukrainischen Schul- und Gesundheitssystems.

Nach den Redebeiträgen diskutierten die Teilnehmer der Veranstaltung

in zwei Arbeitsgruppen mit Experten und anschließend gab es einen Gedankenaustausch über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen. Die Veranstaltung förderte den Dialog zwischen politischen EntscheidungsträgerInnen, DiplomatenInnen und Studierenden über die globalen und regionalen Herausforderungen im Kontext der besorgniserregenden politischen Entwicklungen in der Ukraine.

**Kilian Schwaiger**

Quelle: [www.kas.de/ungarn/hu/](http://www.kas.de/ungarn/hu/)



## Contemporary Jewish and Israeli Perceptions of Jesus and the Catholic Church



Hendrik Hansen von der AUB und Dina Porat (v.l.).

**Am 27. September 2017 besuchte Professor Dina Porat, Chefhistorikerin der Yad Vashem Gedenkstätte in Jerusalem die AUB und gab einen Einblick in die zeitgenössische jüdische und israelische Wahrnehmung von Jesus und der Katholischen Kirche.**

Nach kurzer honorierender Vorstellung durch Dr. Ferdinand Trauttmansdorff, der Prof. Porat mit den Worten „always curious to go beyond the recent research“ beschrieb, wurde das Vortragsthema in den jüdisch-katholischen Dialog eingeordnet.

Die Vortragende selbst begann ihren Vortrag damit, die enormen Bemühungen der Katholischen Kirche, meist durch die Päpste der letzten Jahrzehnte seit dem Holocaust selbst, gegenüber der jüdischen Gemeinde und Israel aufzulisten. Ein besonderes Augenmerk legte sie dabei auf das Ergebnis des Zweiten Vatikanischen Konzils, die „Erklärung über die Haltung der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“. Das Dokument betone die Auserwähltheit der Juden, die Entstehung des Christentums durch das Judentum und deklariere die beiden Religionen als wahr und heilig.

Auf diese und viele weitere Veröffentlichungen der Katholischen Kirche kamen jedoch nie Antworten aus der jüdischen Gemeinde. Dies nahm Prof. Porat zum Anlass, die Frage nach dem „Warum?“ aufzuwerfen.

Ihre simple Antwort lautete: Die Juden und die Bevölkerung Israels wissen schlicht nichts über die Katholische Kirche und brauchen durch diese Institution auch keine Bestätigung, dass die eigene Religion wahr und heilig sei. Theologische Fragen interessieren weniger, mehr möchte man als Staat akzeptiert werden und den Holocaust bejaht bekommen. Langsam komme es jedoch zu einer Gedankenwende. Dies, begründete Prof. Porat, rühre vor allem daher, dass Israel langsam als sichere Heimat von den dort lebenden JüdInnen verstanden werde. So werde sich nicht mehr nur mit Katholizismus als Feindbild oder Teil eines Exil-Lebens beschäftigt, sondern viel mehr mit dem Nebeneinander und den Gemeinsamkeiten der Weltreligionen.

Als Teil eines Dialogs, der momentan entstehe, nehmen zeitgenössische KünstlerInnen Jesus als Symbol in ihre

Kunst auf. Jesus als jüdischer Mensch, der leidet – starke Parallelen zu diesem Gedanken sind in allen Kunstwerken zu sehen, die Prof. Porat dem Publikum vorstellt. Sie nennt diese Beobachtung ein Heimkommen Jesus, der in seiner Heimatregion wieder wahrgenommen werde, mit dem man sich vergleichen könne und möchte. Es sei also eine positive Auseinandersetzung mit dem Katholizismus in der zeitgenössischen Kunst Israels aufgekeimt.

In der anschließenden Diskussion mit Prof. Dr. Máté Hidvégi vom Jüdisch Theologischen Seminar und Prof. Dr. Hendrik Hansen, Leiter des Lehrstuhls für Internationale und Europäische Politik an der AUB, wurde noch einmal verstärkt betont, wie wichtig ein gemeinsamer Dialog von ChristInnen und JüdInnen für die Zukunft sei.

*Laura Braun*

## Diskussionsrunde

*Der ehemalige Ministerpräsident von Hessen, Roland Koch, spricht mit Studierenden der AUB über die europäische Politik*

**Am 28. September 2017 fand im Spiegelsaal der AUB eine Diskussionsrunde für Studierende und StipendiatInnen der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Roland Koch, dem ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Hessen, statt.**

Nach einer kurzen Einführung durch Dr. Ulrich Schlie stellte sich Koch noch einmal vor und setzte sich mit den Fra-

gen der Studierenden auseinander. Die Themen waren vor allem die aktuellen Tendenzen der politischen Entwicklung in Deutschland und in ganz Europa, sowie die Ergebnisse der Bundestagswahl und ihr Einfluss auf die zukünftige Politik.

Die Bundestagswahl, bzw. der Erfolg der Alternative für Deutschland (AfD) standen zunächst im Mittelpunkt der Diskussion. Koch betonte, dass wir

heute in einer globalisierten Welt lebten und die Menschen häufig Globalisierungsangst hätten, was sich durch kritische Reaktion auf Migrationsprozesse bemerkbar mache. Er meinte auch, dass sich die politische Landschaft nach den Wahlen wesentlich verändert habe und dass die CDU das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen müsse. Anschließend ging er auf regionale Unterschiede im Wahlverhalten ein, wobei er vor allem auf einen sehr relevanten Zusammenhang zwischen regionaler Unzufriedenheit und dem Gefühl der Zurückgelassenheit hinwies.

Eine mögliche Spaltung der Gesellschaft war das nächste Thema des Gesprächs. „Die deutsche Gesellschaft ist ja auch gespalten“, sagte Koch. Diese Spaltung sollte man in der Öffentlichkeit nicht tabuisieren, so Koch. Politik habe viel mit Emotionen zu tun und daher sollten Politiker den Menschen zuhören und ihre Kritik ernst nehmen. „Wenn die anderen Parteien alle nicht mehr in der Lage sind, die Stimme der Menschen aufzunehmen, dann wählen



V.l.n.r.: Roland Koch, Frank Spengler, Ulrich Schlie

die Leute eine Partei, die ihre Stimme wieder reinbringt“, so der ehemalige Ministerpräsident.

Die Probleme und Perspektiven der europäischen Integration wurden als Nächstes besprochen. „Das europäische Parlament wird in einer schwierigen Lage bleiben“, sagte Koch. Ob das Parlament die Akzeptanz der BürgerInnen findet, hinge von seiner Politik ab. Die nationalen Tendenzen dürfe man nicht ignorieren, sonst gebe es

immer jemanden, der diese vertrete. Trump mache die Rückkehr der nationalen Interessen zu einer ökonomischen Priorität. Das europäische Parlament sollte die Schwierigkeiten der Integration ernst nehmen und die EU-Politik vorsichtiger gestalten, so Koch.

Abschließend wurden die Stärken und Schwächen einer Verteidigungsunion, sowie eines europäischen Telekommunikationssystems angesprochen. Frank Spengler, Leiter des

ungarischen Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung, sprach in seinem Schlusswort über die Förderung gesellschaftlicher Debatten.

*Tatiana Tsutsor*



## Zukunft Europas

Vortrag von Dr. Wolfgang Brandstetter, Vizekanzler und Bundesminister für Justiz der Republik Österreich

**Am 3. Oktober 2017 besuchte Dr. Wolfgang Brandstetter, Vizekanzler und Bundesminister für Justiz der Republik Österreich, die AUB und nahm an der Diskussion über die Zukunft Europas, bzw. der Europäischen Union teil.**

Prof. Dr. Dietmar Meyer, Rektor der AUB, eröffnete die Veranstaltung mit seiner Begrüßung und mit der Vorstellung des Gastes. Dr. Wolfgang Brandstetter ist ausgewiesener Akademiker und Experte auf dem Gebiet des Strafrechts und verfügt über langjährige Erfahrung als Universitätsprofessor. „Er ist dafür bekannt, dass er sich eingesetzt hat, in den letzten Jahren die Kontakte zwischen den Justizministern in Zentraleuropa aufzubauen“, betonte der Rektor.

An der Diskussion mit dem Vizekanzler nahmen Prof. Dr. Michael Anderheiden und Dr. Ulrich Schlie teil, während Dr. Ferdinand Trauttmansdorff das Gespräch moderierte. Im Mittelpunkt des Gespräches standen die aktuellen Probleme der EU sowie die zukünftige Entwicklung und politische Stärkung der Union. Es sei wichtig, die EU dort zu unterstützen, wo sie Schwächen habe, erklärte Brandstetter. Viele Menschen in Österreich und anderen Ländern Europas seien mit der Politik der EU nicht zufrieden und erwarten große Veränderungen. Eine vertiefte Integration setze immer Vertrauen in die Institutionen voraus. Brandstetter hält



es für besonders wichtig, dieses Vertrauen wiederherzustellen.

Im Hinblick auf die Länder des Balkanraumes betonte der Vizekanzler, er sei stolz darauf, dass mit diesen Ländern bereits viel erreicht werden konnte. Dabei hob er aber hervor, dass ohne funktionierende rechtsstaatliche Strukturen keine wirtschaftliche Entwicklung möglich sei. „Das muss man thematisieren und potentiellen Beitrittsländern klar vermitteln [...]“. Bezüglich des Konflikts in der Ukraine und der EU-Politik gegenüber Russland sagte der Vizekanzler: „Die Beziehungen zu Russland waren anders gedacht als sie sind“. Konflikte könne man zwar nicht verhindern, wenn man aber der Bevölkerung in verschiedenen Regionen garantiere, dass sie ihre Rechte behalten, dann sei die Frage, wo die Grenze verläuft, nicht mehr so wichtig.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion lag auf den Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn. Der Vizekanzler bezeichnete die Kooperation mit Ungarn im Bereich Polizei und Justiz als hervorragend. In den Medien höre man kritische Meinungen, die aber häufig oberflächlich seien. „Aus meiner Sicht sind die Beziehungen innerlich sehr gut“, so Brandstetter.

Abschließend wurde erneut auf die EU als eine der großen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts eingegangen. Heute sei es von großer Bedeutung, zu verstehen, was in der Union nicht funktioniert und welche Schritte man unternehmen müsse.

*Tatiana Tsutsor*

# Die Kulturdiplomatie Österreichs

Vortrag der Botschafterin Teresa Indjein

Teresa Indjein hält ihren Vortrag über die Kulturdiplomatie Österreichs.



Am 3. Oktober 2017 hielt die österreichische Botschafterin Dr. Teresa Indjein im Festsaal der Andrássy Universität einen Vortrag über die Kulturdiplomatie Österreichs. Zu Beginn ihrer Ausführungen stellte sie zwei Fragen, um zu erklären, wieso Auslandskulturarbeit wichtig sei.

Zuerst fragte sie, wozu der Mensch Kunst brauche. In ihrer Antwort sagte sie, dass Kunst innere Freude zu erfahren helfe und zeige, was es heißt, Mensch zu sein. Zudem führe die Kunst den Menschen zur Harmonie. Die zweite Frage galt der Zeit, in der wir leben und was die drängenden Fragen der Kulturdiplomatie seien. Dabei hob sie die Digitalisierung und den Klimawandel als drängende Fragen unserer Zeit hervor. Gerade bei der Digitalisierung stelle sich die Frage, wer der Mensch sei und was

wichtig bleibe, da die Digitalisierung tief in unsere sozialen Strukturen eingreife und man sich fragen müsse, was noch unsere Werte seien. Es sei eine innere europäische Gemeinsamkeit, von der Vergangenheit für die Zukunft lernen zu wollen. Dabei habe aber jede Generation einen eigenen Blick auf die Geschichte.

„Es ist die Aufgabe der Kultur und Auslandskulturarbeit, zu versuchen, diese Fragen zu beantworten“, so Indjein. „Es gibt in dem Bereich keine Grenzen.“ Die Botschafterin betonte, dass die Außenkulturarbeit eine kreative und gestaltende Friedensarbeit sei, mit einer großen Bandbreite von Aktivitäten. Die Geschichte sei der Grund, auf dem die Arbeit stehe, und es gelte die Arbeit auf Augenhöhe.

Nun folgte ein näherer Einblick in die Struktur der österreichischen Kulturdiplomatie: Indjein stellte eine

Auswahl spezifischer Projekte vor. Alle österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland haben einen Kulturauftrag und ein Kulturbudget. Beispielhafte Projekte, die genannt wurden, waren „Sound of Music“, ein Projekt, in dem die Gemeinsamkeiten in unterschiedlichen Musikgenres entdeckt werden, sowie ein Frauenförderprogramm und ein Weltanschauungsdialog. Dabei müsse man auch bereit sein, mit PartnerInnen aus anderen Ländern zu arbeiten, wobei die Kommunikation manchmal eine Herausforderung sein könne. Insgesamt würden 6.000 bis 7.000 Kultur- und Wissenschaftsprojekte gefördert.

Außerdem unterstrich die Botschafterin die Rolle der europäischen Union und ging auf die Strategien für die europäische Kulturarbeit im Ausland ein. Ziel sei es, gemeinsam europäisch zu agieren.

Sie schloss ihren Vortrag damit, dass der Westbalkan seit drei Jahren der geografische Schwerpunkt österreichischer Auslandskulturarbeit sei.

Alles in allem war es ein spannender Vortrag, der zum einen erklärte, wieso Kulturdiplomatie überhaupt wichtig sei, zum anderen die österreichische Kulturdiplomatie näher beleuchtete. Im Namen der teilnehmenden Studierenden der Andrássy Universität danken wir Frau Dr. Indjein für den Einblick.

Katja Einecke



## 25 Jahre Maastrichter Verträge: Der Startpunkt für das heutige Europa

Vom 19 bis zum 21. Oktober 2017 veranstaltete die AUB in Zusammenarbeit mit der Baden-Württemberg-Stiftung die Tagung „25 Jahre Maastrichter Ver-

träge: der Startpunkt für das heutige Europa“. Gemeinsam verorteten WissenschaftlerInnen, Studierende und politische VertreterInnen den Vertrag

im heutigen Europa, tauschten sich aus und ließen die Idee des Maastrichter Vertrags in Vorträgen, Diskussionsrunden und Streitgesprächen aufleben.



Volles Haus: Zahlreiche Besucher hörten sich die Vorträge der Referenten an.

Eingeleitet wurde die Tagung am Nachmittag des 19. Oktobers mit einem Workshop für Studierende, die im sogenannten World-Café-Format die wichtigsten Fragestellungen der einzelnen Panels der Konferenz in Kleingruppen diskutierten.

Am Abend des 19. Oktober 2017 wurde die Tagung mit den Beiträgen von zwei Festrednern, Guido Wolf, Minister der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg, sowie Dr. László Palkovics, Staatssekretär für Bildung im Ministerium für Humanressourcen Ungarns, eröffnet. Prof. Dr. Dietmar Meyer, Rektor der AUB, begrüßte die Delegation aus Baden-Württemberg und die zahlreich erschienenen Gäste im Spiegelsaal der AUB. Im Anschluss sprach Minister Wolf zum Thema „Die Maastrichter Verträge nach 25 Jahren: eine politische Bewertung“. Er zeigte sich sehr beeindruckt von der Andrássy Universität und deren Studierenden, die „mit solcher Motivation und Leidenschaft von ihrem Studium sprechen und [...] die eines eint: der gelebte Europa-Gedanke.“ Die nun zugesagte 5-jährige Finanzierung der AUB durch Baden-

Württemberg hob er als Einstieg in ein langfristiges Engagement des Landes hervor. Nach dem Minister sprach Staatssekretär Dr. László Palkovics über die Auswirkungen der EU im Bildungssektor Ungarns. Er betonte, wie wichtig gut ausgebildete junge Menschen für die hiesige Wirtschaft seien. Christoph Dahl, Geschäftsführer der Stiftung, bedauerte abschließend das Ausscheiden der Stiftung aus der Finanzierung der AUB. Im Anschluss kamen die Gäste bei einem Stehempfang zum Austausch zusammen.

Am Freitag, den 20. Oktober 2017 wurde die wissenschaftliche Tagung durch den Initiator und Organisator der Veranstaltung, Prof. Dr. Michael Anderheiden eröffnet. In seiner Ansprache an die TeilnehmerInnen hob er die Bedeutung der Maastrichter Verträge hervor, da die heutige EU deren Kind sei. „Maastricht“ sei als Neugründung das „zweite Rom“. Danach übergab er das Wort an Christoph Dahl, den Geschäftsführer der die Tagung finanzierenden Baden-Württemberg-Stiftung, und an Dr. Claus-Peter Clostermeyer, Ministerialdirigent a.D. und Vertreter des Lan-

des Baden-Württemberg im Universitätsrat und Kuratorium der AUB, der kurz Glücksgriffe und Schwächen der Maastrichter Verträge resümierte.

Das erste Panel des Tages wurde durch Prof. Dr. Endre Juhász, Minister a.D. und Richter am europäischen Gerichtshof, eröffnet. Er hielt einen Vortrag über die Auswirkungen der Maastrichter Verträge auf den Beitritt Ungarns in die EU. Er gab einen Einblick als Zeitzeuge (und einer der Leiter) der Verhandlungen und deren Auswirkung auf den Beitritt Ungarns. Es folgte ein Kurzvortrag von Dr. Michael Goldhammer von der Universität Bayreuth zum aktuellen Thema: „Europäische Union und nationale Identität“. Er setzte sich in seinem Vortrag mit dem Artikel 4 AEUV und dessen Bezug auf die nationale Identität auseinander.

Im zweiten Panel hielt Dr. Attila Vincze von der AUB einen Vortrag über die Auswirkungen der Maastrichter Verträge auf die Rechtssysteme der Beitrittsländer orientiert an der Währungsunion. Er betonte, dass die Währungsunion und der Schengen-Raum eine identitätsstiftende Wirkung hätten.



Andreas Oplatka (in der Mitte) und Georg Paul Hefty (rechts).

Den ersten Vortrag nach der Mittagspause hielt Prof. Dr. Marie-Pierre F. Granger, von der CEU (Central European University). Im Jahre 2015 veröffentlichte sie den Beitrag „The Court of Justice’s dilemma – between “more Europe“ and „constitutional mediation““, welchen sie im Rahmen der Tagung aktualisierte. Im Kurzvortrag von Veronika Kéri, Doktorandin an der Eötvös Loránd Universität, ging es um die verfassungsrechtliche Identität in der Integration und um die Identitätskontrolle in Deutschland und in Ungarn, sowie beim EuGH. Abschließend sprach Dr. Mattias Wendel von der Freien Universität Berlin über die Vorlagen an den EuGH als gegenseitige Rollenprägung der Gerichte. Nach Maastricht beobachtete man einen Wandel des Verfassungsdenkens in der Europäischen Union, wobei die Bedeutung von Vorlagen der Verfassungsgerichte an den EuGH sehr groß war.

Panel 4 setzte sich mit dem Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union auseinander. Drei Vorträge und die anschließende Diskussionsrunde erläuterten die Wichtigkeit und Feinheiten dieses grundlegenden EU-Prinzips. Im ersten Vortrag lobte Prof. Dr. Stefan Oeter von der Universität Hamburg das Subsidiaritätsprinzip als die große Errungenschaft des Maastricht-Vertrags. Hannes Rathke, LL.M., Alumni der AUB, Mitarbeiter beim

Europareferat des Deutschen Bundestages knüpfte daran an und stellte das Verfahren zum Subsidiaritätsprinzip des Deutschen Bundestags vor. Im letzten Vortrag stellte Prof. Dr. Bengt-Arne Wickström, Gastprofessor der AUB, die ökonomischen Aspekte der Subsidiarität vor und ging auf die Frage ein, wann sich diese für ein Land bzw. eine Region lohne.

Das Panel 5 der Tagung wurde als Round-Table-Gespräch über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gestaltet und von Dr. Ulrich Schlie (AUB) moderiert. An der Diskussion beteiligten sich neben ihm Prof. Dr. Ulrich Hufeld, der an der Helmut-Schmidt-Universität tätig ist, und Prof. Dr. Sebastian Graf Kielmansegg von der Universität Kiel. Beide waren sich einig, dass man zur Verbesserung militärischer Fähigkeiten der europäischen Staaten Bedingungen schaffen müsse. „Die NATO ist kein europäisches Bündnis, sondern transatlantisches Bündnis und die EU kann ein transatlantisches Bündnis nicht ersetzen.“, betonte Hufeld.

Abschluss des ersten Konferenztages bildete ein Streitgespräch zum Thema „Maastricht: Interesse wecken, Bewusstsein wachhalten“ zwischen Georg Paul Hefty, ehemals leitender Redakteur und Journalist der FAZ und Prof. Dr. Andreas Oplatka, NZZ und Lehrbeauftragter an der AUB, moderiert von der Prorektorin der

Andrássy Universität Prof. Dr. Ellen Bos. Die DiskutantInnen waren sich in den meisten Fällen einig, so sahen beide den Maastricht-Vertrag als revolutionäres Instrument der EU, das den Beitritt der ehemaligen Ostblock-Staaten vorbereitete. Beide Diskutanten betonten aufgrund der aktuellen antieuropäischen Töne, wie wichtig das Wachhalten des Bewusstseins des Vertrags von Maastricht als einendes Element Europas sei.

Der letzte Tag der Konferenz begann mit einem Vortrag von Prof. Dr. Bettina Schöndorf-Haubold von der Universität Gießen, zum Thema: „Der europäische Sozialfond als Instrument europäischer Sozialpolitik – Kontinuität und Impulse durch die Verträge von Maastricht.“ Der europäische Sozialfond sei ein strukturelles Förderinstrument, um die Beschäftigungsrate und den Binnenmarkt zu verbessern, jedoch habe die EU bis heute nur eingeschränkte Kompetenzen in der Sozialpolitik; daraus entstünden Defizite und Spannungen. Es folgte ein Vortrag von Dr. Jan Schäfer von der Ludwig-Maximilians-Universität München zum Thema: „Sozialpolitik als Voraussetzung für Wettbewerb“. Er arbeitete dabei heraus, dass eine gute europäische Sozialpolitik den Wettbewerb fördere und ihn nicht einschränke.

Beim Roundtable des Panels 8 sprachen Botschafter a.D., Dr. Ferdinand Trauttmansdorff, Professurleiter der AUB und Botschafter Jan Sechter, Außenministerium der Tschechischen Republik über das Thema „Europäische Regionalpolitik seit Maastricht: Erfolge, Fehlsteuerung, Versagen“. In seinem Beitrag ging von Trauttmansdorff auf die Wichtigkeit der Grenzregionen in der EU ein. Sie seien ein schlafendes Potential, welches die Kommission eben erst entdeckte. Sehr langsam schreite der Abbau von faktischen und bürokratischen Hürden in diesen Regionen voran. Botschafter Sechter sprach die Thematik aus der Sicht der ehemaligen Tschechoslowakei an und beleuchtete Probleme, die sich aus der Praxis ergäben.

Im letzten Panel der Veranstaltung widmeten sich die Vortragenden dem Binnenmarkt. Zunächst beschäftigte sich Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Chris-

tian Müller-Graff von der Universität Heidelberg mit dem „Binnenmarkt als Einheit“. Er unterstrich, dass man es zwischen 28 Einzelregelungen schaffe, eine vertragsrechtliche Vereinbarung zu treffen, die ohne Beschränkung gelte. Es werde oft verkannt, wie entlastend diese europäische Rechtsangleichung sei. Den letzten Beitrag der Tagung lieferte Kornélia Kozák, LL.M.

wissenschaftliche Mitarbeiterin der AUB. In ihrem Kurzvortrag „Der ungarische „Beitrag“ zur Binnenmarkts-Rechtsprechung“, stellte sie einige Fallbeispiele zu Ungarn vor.

Insgesamt konnte man auf eine sehr gelungene Tagung zurückblicken, die eine Vielzahl von interessanten Beiträgen Rund um das Thema Maastrichter Verträge bot, von

einem großen Publikum verfolgt und durch Fragen und Wortmeldungen geprägt wurde.

*Dóra Frey*



## Bosnien und Herzegowina heute

*Vortrag von Adelheid Wölfl, Südosteuropa-Korrespondentin „Der Standard“*



Christina Griessler begrüßt das Publikum und stellt Adelheid Wölfl vor.

**Am 25. Oktober 2017 luden das Österreichische Kulturforum Budapest (ÖKF), die Corvinus Universität (BCE) und die AUB zu einem Vortrag von Adelheid Wölfl zur gegenwärtigen Lage in Bosnien-Herzegowina ein.**

Die in Sarajevo lebende Referentin, Südosteuropa-Korrespondentin „Der Standard“ und Expertin auf dem Gebiet der Transformationsprozesse, gab in ihrem Vortrag Einblicke in eine Gesellschaft und in ein Land, das intern zerrissen sei und dessen Bewohner einen zeitnahen EU-Beitritt ihres Landes wünschten. Österreich und Ungarn gehörten gegenwärtig zu den stärksten Befürwortern der EU-Integration des Landes. Im Kontext eines ethnischen Nationalismus und dessen Auswirkungen in Bosnien-Herzegowina sowie in den Nachbarländern werde das Vorhaben jedoch behindert.

Des Weiteren erklärte Wölfl, dass die Religionsgruppenzugehörigkeit eine zentrale Bedeutung habe. Dabei geschehe die Zuordnung zu einer Gruppe automatisch anhand des Namens. Ferner werde die Religionszugehörigkeit mit Nationalitätszugehörigkeit gleichge-

setzt. So sei es Konvention, Personen kroatischer Herkunft mit dem Katholizismus, SerbInnen mit der Orthodoxen Kirche und BosniakInnen mit dem Islam zu assoziieren. Diese Einteilung sei insbesondere hinsichtlich beruflicher Perspektiven und sozialer Mobilität entscheidend, da sich die Identität auf dem Balkan vorrangig aus Erfahrungen und dem Glauben heraus bilde.

Die häufige Reduktion auf die Religionszugehörigkeit begünstige auch eine verstärkte Segregation im Schulsystem, im Rahmen derer zunehmend sprachliche Differenzen geschaffen werden. Ferner sei es in der Bevölkerung üblich, diese überwiegend konstruierten Diskrepanzen als Faktum hinzunehmen. Politische Eliten würden dies bekräftigen und sich deshalb häufig nicht am Integrationsvorhaben von Andersgläubigen beteiligen. Weiterhin herrsche Einvernehmen zwischen den Volksgruppen, dass die Situ-

ation auf dem Balkan vielversprechend, aber nicht stabil sei. Dieser Befund manifestiere sich auch in der Existenz des dezentralisierten Föderalstaates, schloss die Referentin.

Proporzregeln, Quoten- und Vetorechte auf Seiten der VertreterInnen der Nationen seien Nährböden für Spannungen und Konkurrenzdenken. Dies werde durch ein Pathos zur „Selbstbefreiung von Fremdherrschaft“ aller Beteiligten verstärkt, die sich zumeist in Opferrollen sehen würden, so Wölfl. Der inszenierte Konflikt diene primär dem Erhalt von Macht und Dominanz auf bestimmten Gebieten der Öffentlichkeit und münde in wechselseitigen Vorteilen aller Parteien.

Abschließend wies die Expertin darauf hin, dass Bosnien-Herzegowina im Zuge der europäischen Integration bereits 90 Mrd. Euro Finanzhilfe bereitgestellt worden seien. Nicht zuletzt deswegen habe man im letzten EU-Fortschrittsbericht von einem „frühen Stadium der Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen“ gesprochen. Dennoch sei gegenwärtig keine nachhaltige Aussöhnung im Gange, denn dieser wirkten territoriale Machtdemonstrationen entscheidend entgegen.

*Bálint Lengyel*



# Goethe & Kommunikation kombinieren!

*Workshop „(Aus)Bildung in deutscher Sprache in Ungarn und Kooperationsmöglichkeiten in Bayern“*

András Masát und Dietmar Meyer im Gespräch.



**Am 27. Oktober 2017 fand im Spiegelsaal des Festetics-Palais eine von der Andrásy Universität Budapest und dem Ungarischen Institut der Universität Regensburg gemeinsam organisierte Tagung zum Thema „(Aus)Bildung in deutscher Sprache in Ungarn und Kooperationsmöglichkeiten mit Bayern“ statt.**

Vier Stellungnahmen bildeten die Grundlage für eine lebendige Diskussion. Der Altrector der AUB, Prof. Dr. András Masát, stellte einerseits das wieder erwachte und wachsende Interesse im Bezug auf das Deutschlernen fest. Dieses Interesse richte sich vor allem auf das „Wirtschaftsdeutsch“ und das Deutsch als Vermittlersprache. Durch den veränderten Arbeitsmarkt entstehe hier eine Kluft zu der klassischen Ausbildung in der Germanistik, die allerdings – vor allem in den BA-Studiengängen – versuche, auf die aktuellen Herausforderungen des Arbeitsmarktes adäquate Antworten zu geben. Für die Karriereplanung scheinne ein reiner Germanistikabschluss

nicht mehr ausreichend zu sein, deswegen solle das Studium durch Kooperationen mit anderen Studiengängen oder mit Institutionen außerhalb der Universitäten geöffnet und somit attraktiver gemacht werden.

Michael Müller-Verweyen, Direktor des Goethe-Instituts in Budapest, formulierte fünf Thesen hinsichtlich der Zukunft der deutschen Sprache und nahm dabei auch den Bedarf nach Deutsch im nicht-philologischen Bereich in den Blick. So sprach er u.a. darüber, dass die Existenz von sprachlichen Minderheiten außerhalb von Muttersprachen-Ländern, aber auch bereits der einfache Fremdsprachenunterricht dazu führe, dass Sprachen sich

nicht an Grenzen hielten – ein Fakt, der von politisch Verantwortlichen durchaus mehr beachtet werden solle. Des Weiteren werde der Brexit mit einer Neujustierung der (nicht-englischen) europäischen Sprachen einhergehen. So wären nach dem Austritt Groß-Britanniens aus der Europäischen Union Malta und Irland die einzigen Mitgliedsstaaten der EU, die auch Englisch noch als Amtssprache hätten.

Die Tatsache, dass wortwörtliche Übersetzungen zu Frust und Missverständnissen führten, und in der Vergangenheit auch durchaus zu derartigen Erscheinungen geführt haben, wählte Dr. Zsolt K. Lengyel, Direktor des Ungarischen Instituts der Universität Regensburg, zum Ausgangspunkt seiner Ausführungen. Demzufolge sei es bei der offiziellen Kommunikation mit fremdsprachigen PartnerInnen zwingend notwendig, auch die Nuan-





Zsolt K. Lengyel hält die Vermittlung von Kommunikationsnuancen beim Reden mit fremdsprachigen Partnern für notwendig.

Feinheiten signalisierende linguistische Struktur betrachtet werden sollte, entscheidende Bedeutung zuteil. Bei den Wortmeldungen aus dem Publikum war die nahezu einhellige Meinung erkennbar, dass es sich bei der modernen Sprachvermittlung nicht um die der Google-Translator entsprechenden Übertragung von Standpunkten oder Meinungen handeln dürfe, sondern dass eine – sprachlich und sozialfundierte – Interpretation von Ereignissen nötig sei.

Die Sprache sei also eine Trägerin all dieser Funktionen und Aufgaben. Die entsprechende Fremdsprache müsse demzufolge so vermittelt werden, dass möglichst viele dieser Feinheiten zum Ausdruck kämen. Dazu sei die Sprache als bloßes Informationsinstrument unzureichend, man benötige also etwas „Goethisches“, etwas über die eher mechanische Beschreibung der beobachteten Prozesse Hinausgehendes – natürlich ohne selbst etwas eines Goethe in sich zu haben. Die Frage sei also nicht, ob jemand das, was er kommunizieren möchte, auch kommunizieren könne, sondern ob er es so kommuniziere, dass es bei der Zielperson auch so ankomme, wie es eigentlich geplant gewesen sei.

*András Masát, Dietmar Meyer,  
Zsolt K. Lengyel, Michael  
Müller-Verweyen, Ákos Bitter,  
Ralf Thomas Göllner*

cen bei der Kommunikation zu vermitteln. Dies bedarf besonderer Kenntnisse und Fähigkeiten und könne er sich im Rahmen einer von der AUB und dem Ungarischen Institut gemeinsam getragenen fachbezogenen Weiterbildung über zwei Semester vorstellen.

Die Brückenfunktion von Sprachen – insbesondere der deutschen Sprache – im östlichen Teil Europas wurde von Dr. Ákos Bitter, Mitarbeiter am Forschungszentrum Deutsch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (DIMOS) Regensburg, betont. Unter Berufung auf die Rolle der deutschen Sprache in der ostmittel- und südosteuropäischen

Region in der Vergangenheit und auf die sich letztendlich positiv entwickelnde Akzeptanz der deutschen Sprache nach 1990 wies er auf die sich daraus gleichzeitig ergebende Verantwortung der Deutschsprachigen in der Region hin, um dieser Brückenfunktion der deutschen Sprache zum Erfolg zu verhelfen.

In der sich den Stellungnahmen anschließenden, vom Rektor der AUB, Prof. Dr. Dietmar Meyer, moderierten, lebhaften und kontroversen Diskussion kam der Frage, ob die deutsche Sprache in der Lehre als bloßes Kommunikationsmittel oder als auch inhaltliche

## Staatenzerfall als Herausforderung für die Diplomatie. Das Beispiel Libyen

*Vortrag von Christian Much, Botschafter a. D. mit anschließender Podiumsdiskussion*

Am 30. Oktober 2017 luden die Andrássy Universität, die Deutsche Botschaft Budapest und die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem Vortrag von Christian Much, Botschafter a. D., zum Thema „Staatenzerfall als Herausforderung für die Diplomatie“ ein. An der abschließenden Podiumsdiskussion, die von Dr. Ulrich Schlie, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II an der AUB moderiert

wurde, beteiligten sich Volkmar Wenzel, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn, Andrea Tarquini, Sonderkorrespondent von „La Repubblica“, sowie Frank Spengler, Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest.

Christian Much begann seinen Vortrag mit der Anmerkung, es handle sich beim Staatenzerfall Libyens nicht

primär um einen intrareligiösen Konflikt. Ferner wirke sich die Stammesstruktur Libyens, auf der die Stadtbevölkerung weitgehend beruhe, auch nicht zwangsläufig als trennendes Element aus. Wichtig sei es, einen gesellschaftlichen Dialog über die Verteilung der wertvollen Rohstoffe des Landes zu initiieren und zu führen.

Dass Libyen keine nationale Armee besäße, begründe die Finanzierung



Botschafter a.D. Christian Much.

von Milizen durch staatliche Interessensgruppen, wodurch sich ein fragiles Gleichgewicht eingependelt habe, so Much. Durch die seit 2014 zuneh-

mende Festsetzung jihadistischer Gruppen spitzten sich die Konflikte zu, die in Form von Stellvertreterkriegen durch verschiedene Parteien ausgetragen würden. Ebenso sei ein Bedeutungszuwachs des Islamischen Staates zu verzeichnen, der die Komplexität des Konflikts weiter erhöhe.

Darauffolgend skizzierte Much zentrale Ursachen für den Staatszerfall. Er beschrieb einerseits Tribalismus und Lokalismus (bewaffneter Gruppen) als Grund für die Auflösung rechtsstaatlicher Strukturen. Andererseits hätten (friedliche) Stämme ein einigendes Element aufzubieten und würden eine streitschlichtende Wirkung entfalten.

Ebenfalls kamen die ungerechte Ressourcenverteilung und der Machtkampf lokaler Eliten zur Sprache, welche in ihrer regionalen Einflussnahme

Konsolidierungsmaßnahmen störten und der „politische Islam“ das Absorptionsdefizit verstärkte.

Im Bezug auf „theories of change“ liege es auf der Hand, dass die Stabilisierung der lokalen Herrschaft im fehlenden Zentralstaat ein Ansatz sei, die faktisch einzige überwiegend demokratisch legitimierte Ebene zu stärken. Im theoretischen Umkehrschluss sei es laut Much naheliegend, dass die Herausbildung eines autoritären Zentralstaates ebenfalls Abhilfe leisten könne. Jedoch würde sich diese Annäherung an das Problem schwierig gestalten, da die vorherrschende Fragmentierung des Landes die Beantwortung der Frage nach der legitimen Ausübung des Gewaltmonopols – gelinde gesagt – beeinträchtigte.

*Bálint Lengyel*



## 500 Jahre Reformation – Bestandsaufnahme und ein Blick in die Zukunft

Am 8. November 2017 fand an der AUB die Konferenz „Aktuelle Aspekte der Reformation – Gibt es einen globalen Reformationsbedarf im 21. Jahrhundert?“ statt. Für die Organisation zeichneten sich die Universitätsleitung und der Mittelbau der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen verantwortlich. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Schweizerischen Botschaft Budapest unter der Initiative des Rektors, Prof. Dr. Dietmar Meyer. Sowohl bekannten Meinungsträgern der historischen Kirchen in Ungarn als auch WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Sachbereichen sollte eine interreligiöse und interdisziplinäre Plattform für einen Dialog im runden Jubiläums-

jahr der Reformation geboten werden. Einführend lud die Vertreterin des Mittelbaus, Melanie Barlai von dem Internationalen und interuniversitären Netzwerk für politische Kommunikation (netPOL) an der AUB, die TeilnehmerInnen und ZuhörerInnen zu einer aktiven Re-Formierung der Diskussion um die Bedeutung der Reformation ein. In seiner Begrüßung interpretierte Rektor Meyer die Reformation nicht nur als Entstehung einer neuen christlichen Konfession, sondern auch als Herausforderung für die römisch-katholische Kirche, auf die diese reagieren gemusst habe. Somit sei das Ziel der Veranstaltung, sich ein Bild darüber zu machen, inwieweit sich der Schritt der Reformation vor

500 Jahren auf die verschiedensten Bereiche der Gesellschaft ausgewirkt habe und sich heute im Leben der Einzelnen widerspiegle.

Den Keynote-Vortrag hielt Prof. Dr. Sándor Fazakas, Professor und ehemaliger Rektor an der Reformierten Theologischen Universität Debrecen, zum Thema „Protestantische Identität und gesellschaftliche Gestaltungsaufgaben: Europäische Integration und ‚soziales Europa‘ als Herausforderung des ungarischen Protestantismus.“ Ein Grundelement des Vortrages war der Bogen, den der Referent von 1517, also dem Geburtsjahr der Reformation, zu Ereignissen der jüngsten Vergangenheit schlug. Zuerst gab der Vortragende einen Überblick über die sozialen



Der Zeitstrahl der Reformation:  
Viele StudentInnen setzten sich interessiert  
mit dem Jubiläumsthema auseinander.

und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Protestantismus im Ungarn der Vergangenheit und der Gegenwart, und ging dabei besonders auf die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ein. Es habe zweifellos einen Übergang von einem totalitären System stattgefunden – aber dies nicht überall in gleichem Maße. Dabei habe man eine lange, intensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als zu belastend empfunden und zugleich sei eine unbegründete Zukunftsperspektive für die Bürger Ungarns eröffnet worden. Allerdings seien diese Ziele nicht oder nicht vollständig verwirklicht worden, was zu einer herben Enttäuschung geführt habe. Die Kirche sei nach Auffassung des Redners die einzig verbleibende glaubwürdige Institution geblieben, mit der der Staat eine Partnerschaft nach westlichem Beispiel eingegangen sei, jedoch ohne klar definierte gemeinsame Ziele. Heute gebe es bereits eine neue Form der Zusammenarbeit, welche an drei Entwicklungen erkennbar sei: der Religionsunterricht an Schulen sei intensiviert worden, kirchliche

Einrichtungen würden gefördert und finanziert, und das Kulturmandat der Kirche in der Gesellschaft würde unterstützt. Bezüglich der aktuellen Gestaltungsaufgaben betonte Fazakas, dass die Kirche politische Vereinnahmung vermeiden und ihre begrenzte Krisenkompetenz offenlegen müsse, und dabei zwischen realen Krisen und Krisennarrativen zu unterscheiden hätte. Außerdem müsse sie ihre Klarsicht und Nüchternheit bewahren. Nötig sei eine kritische Auseinandersetzung mit der Moralvorstellung älterer Generationen, und die Kirche müsse ein Ort der Versöhnung sein.

Die Veranstaltung wurde dann in drei Panels fortgesetzt. Das erste Panel, moderiert von Dr. Orsolya Lénárt, Oberassistentin (AUB), stellte sich zur Aufgabe, die historische und literarische Perspektive der Reformation näher zu beleuchten.

Dr. Harald Roth, Leiter des Deutschen Kulturforums östliches Europa e.V. Potsdam, umriss in seinem Vortrag die Reformation in Siebenbürgen und die Anfänge der siebenbürgischen Glaubensfreiheit. Roth stellte die Gründe der siebenbürgischen Glau-

bensfreiheit 1568 dar und betonte, dass die Kirchenreformation über alle politischen Brüche hinweg gedauert habe und die konfessionelle Vielfalt ein selbstverständliches Kennzeichen Siebenbürgens geblieben sei. Prof. Dr. Zoltán Csepregi, Professor an der Evangelisch-Lutherischen Theologischen Universität Budapest, befasste sich in seinem Beitrag „Schlafende Heilige, wachende Schwestern und Brüder mit den Anfängen der Reformation im Königreich Ungarn.“ Laut Csepregi habe sich der Protestantismus auch wegen der Sprachbarrieren erst ab 1531 durchsetzen können, als die Reformationsgedanken von Matthias Dévai Bíró nach seinem bei Melanchthon und Luther verbrachten Studienjahr aus Wittenberg zurückkehrend ungarisch veröffentlicht wurden. Die bis dahin verehrten ungarischen Schutzheiligen im Kampf gegen die Osmanen hätten versagt und sich somit für die Gläubigen als unwürdig erwiesen. Das reformatorische Weltbild mit Christus als einzigem Patron und einem neuen Gemeinschaftsbewusstsein, in dem die Christen gegenseitig füreinander beteten und niemand allein sei, habe sich

in der damaligen Zeit als eine mobilisierungsfähige Richtlinie und als sehr wettbewerbsfähig erwiesen. Der letzte Vortrag des ersten Panels „Studium in Wittenberg und Exil in Ungarn“ war Prof. Dr. Péter Ötvös, Professor an der Universität Szeged, vorbehalten. Er ging näher auf das Studium in Wittenberg – der Ort sei die wichtigste Wirkungsstätte für ungarische Studenten im 16. Jahrhundert gewesen – und das Exil in Ungarn ein; im 16. Jahrhundert sei Ungarn zu einem Zuzugsland all jener reformierten Christen aus Deutschland und Österreich geworden, die in ihrer Heimat nicht die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Konfession auszuleben.

Das zweite Panel wurde von Dr. Andra-Octavia Drăghiciu, Oberassistentin (AUB und Karl-Franzens-Universität Graz), moderiert und untersuchte die Auswirkung der Reformation auf politische Prozesse. Botond Kertész (Ev.-Lutherisches Zentralmuseum Budapest) begann mit einem Vortrag über Nation, Freiheit, Progress, Tradition – Protestanten im öffentlichen Leben von Ungarn der Neuzeit. Die Evangelisch-Lutherische Kirche, die der Größe nach in Ungarn weniger stark vertreten

sei, habe über viele Angehörige dieser Konfession wesentlichen Einfluss in der ungarischen Geschichte, Politik und intellektuellen Leben. Anschließend folgte Dr. Matthias Riedl, Dozent (Central European University Budapest), mit einem Vortrag über Religiöses Denken und die Rechtfertigung politischer Gewalt (am Beispiel des Reformators Thomas Müntzer). Thomas Müntzer sei als ein erstaunlich intellektueller und gleichzeitig unvergleichlich gewaltbereiter Theologe zweifellos eine bedeutende Persönlichkeit in der Reformationsgeschichte. Riedl betonte, dass Müntzer, auch wenn er allgemein als treuer Gefolgsmann Luthers dargestellt werde, eine absolut eigenständige Theologie verfolgt habe und keineswegs ein Derivat Luthers gewesen sei.

Den Vorträgen schloss sich eine Podiumsdiskussion an, in welcher über die Frage diskutiert wurde, ob es einen globalen Reformationsbedarf im 21. Jahrhundert gebe. Moderiert wurde sie von Dr. Marcell Mártonffy, Dozent an der AUB. An der interreligiösen Diskussion nahmen die katholische Theologin Dr. Rita Perintfalvi, Research Fellow an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Univer-

sität Wien, Thomas Koelliker, reformierter Pfarrer und Theologe aus der Schweiz, sowie Asztrik Várszegi OSB, Erzabt von Pannonhalma, und Gergely Pröhle, Generalkurator der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn, teil.

Thematisiert wurden Fragen der Kirche und der Gesellschaft, zum Beispiel die Beziehung der Kirche und der Politik oder die vorhandene oder fehlende Rolle der Frauen in der Kirche. Besonders einig waren sich die Diskutanten über die Wichtigkeit der kirchlichen Solidaritätspflicht, notleidenden Menschen beizustehen.

Die Konferenz wurde mit der Vorstellung einer Wanderausstellung abgerundet. Dr. Attila Veró, Dozent und Lehrstuhlleiter an der Eszterházy Károly Universität Eger, präsentierte auf 21 Roll-Ups das Thema „Halleischer Pietismus und Reformation. August Hermann Francke in der Nachfolge Martin Luthers“ im Festsaal der Andrássy Universität.

*Dietmar Meyer*



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Europäische Zustände

*Perspektiven aus Frankreich, Deutschland und Ungarn – Podiumsdiskussion*

**Die Podiumsdiskussion der AUB und des Literarischen Colloquiums Berlin fand am 13. November 2017 im Spiegelsaal der AUB statt. Zum Thema „Europäische Zustände – Perspektiven aus Frankreich, Deutschland und Ungarn“ wurde reger Austausch über die fremde und eigene Perspektive der Situation in Europa angeboten.**

Zu Beginn sprach Frau Prof. Dr. Ellen Bos, Politikwissenschaftlerin an der AUB, über Gedanken, die viele Menschen derzeit hätten, wenn sie an die Europäische Union dachten. Die Flüchtlingssituation, der Brexit oder Finanzkrisen beherrschten den Themen-Diskurs. Mit Blick auf vergangene europäische Wahlen zeige sich eine vermehrt



Die Podiumsdiskussion fand hohe Begeisterung beim Publikum.

europafeindliche Stimmung, jedoch ließen Befragungen noch Gutes hoffen: In vielen Bereichen wünsche sich die Bevölkerung nämlich „mehr Europa“.

Auch die anderen DiskussionsteilnehmerInnen äußerten ihre persönlichen Meinungen: Matthias Nawrat, gebürtiger Pole und in Berlin lebend, ist

freier Wissenschaftsjournalist, und betonte die Wichtigkeit des Dialogs zwischen Ost und West sowie die Überwindung eines nationalen Egoismus der EU-Länder als Bedingung für die Existenz eines geeinten Europas. Alice Zeniter, in der Normandie geboren und in Paris lebend, ist Schriftstellerin und legte Wert auf die Verbreitung von Europa als Identität in der Kultur. Péter Mesés, in Budapest geboren, ist freischaffender Essayist und teilte mit, wie wichtig Diskussionen und Gedankenaustausch für die EU seien. Freiheit sei hier nicht selbstverständlich.

Laut Dr. Zoltán Pállinger, der als Schweizer mit ungarischen Wurzeln an der deutschsprachigen AUB unterrichtet, stellte die Frage in den Raum, aus welcher Perspektive er einen Kommen-

tar auf die persönlichen Sichtweisen geben solle. Existenzsicherheit und transnationale Arbeit würden benötigt, um neue demokratische Räume und mehr Hoffnung zu schaffen. Die Mediatisierung der Gesellschaft und der Politik sei verantwortlich für das menschliche Denken, möglichst schnell reagieren können zu wollen.

In der weiteren Diskussion kamen folgende Fragen auf: Warum gibt es die europäische Kultur? Ist die Frage der einzelnen Persönlichkeit und Identität primär noch immer national geprägt? Wie soll mit politischen Eliten umgegangen werden, um eine gemeinsame kulturelle Identität zu schaffen? Was passiert, wenn hegemoniale Systeme zusammenbrechen? Waren die Versprechungen der EU zu groß? Ist Ungarn noch Teil der EU?

In den Abschlussstatements konnte man trotz der ungewissen Zukunft noch Optimismus hören. Pállinger sprach von den Krisen Europas als Teil der Entwicklung und wie durch Probleme neue, zu lösende Aufgaben entstünden. Das Wechselspiel zwischen Integration und neuen Krisen sei kein neues Phänomen. Auch Nawrat sagte, dass die Hoffnung bleibe und er auf die Antwort warte, ob neue Identifikationsmöglichkeiten und Räume geschaffen würden. Mesés blieb optimistisch und ging davon aus, dass der Mensch ein kluges Wesen sei und sich nicht selbst zerstören werde. Zum Ende gab Bos einen positiven Ausblick, denn durch Krisen entstünden neue Überlegungen, Konzepte und Austausch darüber.

*Anja Schoch*



## Die Zusammenarbeit der preußischen und ungarischen Kultusminister in der Zwischenkriegszeit

*Vortrag von Dr. Györgyi Brandt*

**Frau Dr. Györgyi Brandt, Germanistin, Sprachwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Technischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Universität sowie der Semmelweis-Universität, ferner Mentorin an der Károli Gáspár Universität der Reformierten Kirche und Hungarologin, hielt am 14. November 2017 im Andrássy-Saal der AUB einen Gastvortrag über „Die Zusammenarbeit der preußischen und der ungarischen Kultusminister in der Zwischenkriegszeit“.**

Der Vortrag – dessen Ausblick auf die Gründungsperiode des institutionell befestigten kulturellen Austausches zwischen Deutschland und Ungarn ein wichtiges Kapitel jener historischen Entwicklung vor Augen führte, die sich nicht zuletzt in die Vorgeschichte der AUB eingeschrieben hatte – begegnete

der Aufmerksamkeit eines interessierten Publikums, in dem sich angesehene Persönlichkeiten der gegenwärtigen deutsch-ungarischen Kulturvermittlung vertraten.

In ihren Ausführungen legte die Referentin den Fokus auf die Gründung des Berliner Ungarischen Lehrstuhls und auf die des Ungarischen Institutes, bzw. auf ihre Tätigkeit während der zehnjährigen Schaffenszeit von Robert Gragger, die im Herbstsemester 1916 begann. „Der von Gragger geleitete Lehrstuhl ist der einzige im Ausland gegründete ungarische Lehrstuhl, der seit seiner Gründung, durch alle Stürme der Geschichte gekommen, ohne Unterbrechung bis heute existiert“, so Brandt. Anhand der sich im ebendort befindenden Gragger-Archivs eingesehenen Dokumente verfolgte sie jedoch nicht nur die offiziellen Schritte, die zum Ausbau von zwischenstaatlichen Kul-

turkontakten auf höchster Ebene führten, sondern auch die Entstehung von freundschaftlichen Beziehungen, die sich als die unentbehrliche Grundlage des Austausches erwiesen. Einen besonderen Zeugniswert besitze dabei der Briefwechsel zwischen Gragger und dem ungarischen Kultusminister Kuno Klebelsberg aus den Jahren zwischen 1924–26.

Sowohl der einfühlungsreiche Vortrag als auch die anschließenden Fragen der TeilnehmerInnen attestierten etwa atmosphärisch die Bedeutung dieses menschlichen Hintergrundes für die jeweilige Begegnung von Kulturen.

*Marcell Mártonffy*



# Aktuelle Aspekte eines österreichisch-ungarischen Kompromisses. 150 Jahre Ausgleich Österreich-Ungarn

**Am 15. November 2017 fand an der AUB die Konferenz Aktuelle Aspekte eines österreichisch-ungarischen Kompromisses. 150 Jahre Ausgleich Österreich-Ungarn statt. Nach der kurzen Begrüßung durch Rektor Dietmar Meyer begann das erste Panel mit der Moderation von Zoltán Tibor Pállinger.**

Einführend betonte die erste Vortragende, Henriett Kovács, Historikerin und Mitorganisatorin der Veranstaltung, dass im Rahmen des Jubiläumsjahres des Ausgleichs die damaligen österreichisch-ungarischen Beziehungen neubeleuchtet werden sollen. Diesem Verständnis sei die AUB nachgekommen. Die Bedeutung des deutschen Begriffes „Ausgleich“ und des ungarischen Begriffes „kiegyezés“ unterschieden sich jedoch voneinander. Dazu gebe es noch eine Reihe von Synonymen wie „Pakt“ oder „Kompromiss“, die als Benennung des Vertrages gebraucht würden. Historisch sei um den Prozess des Ausgleiches heftig gestritten worden, aber heute gebe es bereits einen gewissen Konsens. Heute, so Kovács, werde der Ausgleich als ein wichtiges erinnerungspolitisches Ereignis und als etwas Positives betrachtet.

Die Mitorganisatorin, Politologin und netPOL-Mitarbeiterin, Melani Barlai sprach über die Relevanz von gesellschaftlichen Konfliktlinien in Ungarn, die bis heute das ungarische Parteiensystem prägten. In ihrem Vortrag machte sie insbesondere auf „die von oben“, also der politischen Elite gesteuerten und reproduzierten Konfliktstrukturen, aufmerksam, die ihren Ursprung in der Ab- versus der Zuneigung zum Haus der Habsburger, also in der „Habsburg-Angst“, hätten.

Mathias Krempl von der Universität Wien präsentierte seine Analyse des Ausgleiches aus rechtshistorischer Perspektive. Er ging der Frage nach, mit welchen juristischen Kategorien die Staatsform der Österreichisch – Ungarischen Monarchie beschrieben werden könne. In Bezug

auf das österreichische Gesetz ging er auf die pragmatischen und dualistischen Aspekte ein.

Das zweite Panel der Konferenz stand unter dem Motto „Der Ausgleich und die übrigen Kronländer des Habsburger Reiches“ und wurde von Melani Barlai moderiert.

Zu Beginn erläuterte Jan Květina von der MUP, welche Auswirkungen der Ausgleich auf das tschechische, kollektive Gedächtnis habe. In der tschechischen Reflexion sei der Ausgleich ein Nationaltrauma – die tschechische Identität habe die Sichtweise manifestiert, den Ausgleich als einen Verrat an die unschuldigen Tschechen zu betrachten, welches sich als ein kleines, friedliebendes Volk ohne imperialistische Ambitionen verstünde. Květina unterstrich, dass die Grundlage dieses Mythos darin zu finden sei, dass sich die Tschechen immer als Objekte und nicht Subjekte der Geschichte sähen.

Der nächste Vortrag setzte sich mit den Sichtweisen der Geschichtsschreibung beider Jugoslawien im Bezug zum Ausgleich auseinander. Er wurde von Wladimir Fischer-Nebmaier, Österreichische Akademie der Wissenschaften, gehalten. Er gab durch eine diskursanalytische, explorative Studie einen Einblick in die serbische Historiographie und deren Erzählstrang zum Ausgleich. Dabei erwähnte er drei Arten der Erzählungen.

In der ersten Art der geschichtlichen Erzählungen werde der Ausgleich vollkommen ignoriert. Es würde nur die Geschichte Serbiens behandelt und Österreich sei lediglich ein Akteur von Vielen gewesen.

In der zweiten Erzählart fänden die Serben innerhalb des Habsburgerreiches Erwähnung, jedoch spiele weiterhin die Innenpolitik Österreich-Ungarns gegenüber dessen keine Rolle. Man erwähne sie als Angehörige des serbischen Volkes, die noch nicht Teil des angestrebten, vereinigten serbischen Reiches seien.

In den Erzählungen der dritten Art seien die ‚Habsburger Serben‘ voll-

kommen in die Erzählung der serbischen Geschichte integriert gewesen. Als Motiv für diese Einbeziehung nannte Fischer-Nebmaier das Streben nach der Sammlung aller Serben und das Streben, alle Regionen zu repräsentieren.

Im letzten Vortrag des zweiten Panels gab Márk Várszegi, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter der Rechtswissenschaften der AUB, einen Einblick in die juristische Perspektive des Ausgleichs. Demnach erlebe die Lehre von der sich über Jahrhunderte hinweg beständig entwickelnden „historischen“ ungarischen Verfassung in der ungarischen Rechtswissenschaft nach 1867 eine ihrer Blütezeiten. Realistisch betrachtet sei der Ausgleich eher ein dreipoliger Kompromiss zwischen zwei Ländern und dem Hause Habsburg gewesen, der ein oft schwerfälliges und fehleranfälliges öffentlich-rechtliches System geschaffen habe. Daneben stelle die Konzentration der Zuständigkeit der auswärtigen und der militärischen Angelegenheiten bei der Dynastie eine erhebliche Einschränkung der Souveränität Ungarns dar, so Várszegi. All dies habe laut ihm nämlich die Weichen für den Ausgleich gelegt. Der Ausgleich sei ein elegantes, schönes Konstrukt, welches aber schwer kontrollierbar und fehleranfällig gewesen sei, ähnlich wie ein englischer Sportwagen, meinte er. Insgesamt habe der Ausgleich eine Reunion monarchistischer Staatenverbände geschaffen.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen spannte Várszegi einen Bogen zwischen dem Ausgleich und der neuen ungarischen Verfassung von 2012. Die neue Verfassung erhalte die Narrative einer ersten Verfassung, welche dem Grundgesetz selbst widerspreche, denn diese moderne Verfassung sei im Einklang mit etwas, das die Verfassung selbst als gegeben voraussetze.

Im Anschluss an das Panel lud die Mitorganisatorin, netPOL-Mitarbeiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der AUB, Christina

Griessler, zu einer Podiumsdiskussion ein. An dieser nahmen Anatol Schmied-Kowarzik vom Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Imre Ress, Wissenschaftlicher Hauptmitarbeiter und Zoltán Szász vom Institut für Geschichtswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften

ten und Christopher Walsch von der Corvinus Universität Budapest, teil. Dabei sollte beantwortet werden, welche Auswirkungen der Ausgleich für die Gegenwart habe.

Von der persönlichen Wahrnehmung über die thematische Relevanz einzelner Fachbereiche bis hin zu geschichtlichen Aspekten war alles dabei. Grundsätzlich wurde festgestellt,

dass der Ausgleich für eine gewisse Zeit funktioniert habe.

*Tatiana Tsutsor, Katja Einecke*

**netPOL**  
INTERNATIONALES UND INTERUNIVERSITÄRES NETZWERK  
POLITISCHE KOMMUNIKATION

**osztrák kulturális fórum<sup>bud</sup>**

## Bosnia, 22 Years between Cold Peace and Cold War

**Am 20. November 2017 hielt Ešref Kenan Rašidagić von der Universität Sarajevo, Bosnien und Herzegowina, im Rahmen der Vorlesung „Einführung in die Konflikt- und Friedensforschung“ an der Andraszy Universität einen Vortrag zum Thema „Bosnia, 22 Years between Cold Peace and Cold War.“**



Ešref Kenan Rašidagić  
von der Universität Sarajevo.

Zu Beginn seines Vortrags ging er auf die Hintergründe des Zerfalls Jugoslawiens ein und argumentierte, dass die wirtschaftlichen Probleme Ende der 1980er Jahre und die Umverteilung der Ressourcen innerhalb Jugoslawiens von den reicheren nördlichen zu den ärmeren südlichen Teilrepubliken zu Streitigkeiten geführt hätten. Es seien aber nicht ethnische Gründe, die zum Konflikt führten, sondern die Tatsache, dass Jugoslawien pleite war. Jugoslawien habe jahrelang billige Kredite aus dem westlichen Ausland, u.a. den USA erhalten, die es nicht mehr zurückzahlen konnte. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschuldigten sich die Teilrepubliken Jugoslawiens gegenseitig, weil die wohlhabenden Teilrepubliken nicht mehr so viel Geld nach Belgrad zahlen wollten und Belgrad diesen vorgeworfen habe, deren Verpflichtungen bzw. der Solidarität innerhalb der Föderation nicht mehr nach zu kommen. Rašidagić empfahl den Studierenden, sich die BBC-Dokumentation „The Fall of Yugoslavia“ anzusehen, um die Zusammenhänge besser zu verstehen. Dort geht es unter anderem um die Unabhängigkeitserklärungen der Teilrepubliken Slowenien und Kroatien im Juni 1991.

In Bosnien-Herzegowina leben ca. 40% Bosniaken, 30% Serben, 20% Kroaten und 10% andere Minderheiten. Beim Unabhängigkeitsreferendum im März 1991 hätten ca. zwei Drittel für die Unabhängigkeit und ca. ein Drittel – hauptsächlich die bosnischen Serben – für den

Verbleib bei Serbien gestimmt, so Rašidagić. Als der Krieg dann ausbrach, habe US-Präsident Bill Clinton ein Verbot der Bewaffnung der Bosniaken durchgesetzt, obwohl die von den Serben kontrollierte Nationale Armee ihre Rüstung und Waffen in Bosnien-Herzegowina stationiert hatte.

Einen historischen Hass zwischen den Ethnizitäten, ein sogenannter „ancient hatred“, habe es am Balkan nicht gegeben, behauptet Rašidagić.

Der Krieg wurde nach 3,5 Jahren durch direkte Intervention von den USA beendet und das Dayton Abkommen 1995 unterzeichnet. Dieses habe auch die politischen Strukturen Bosnien-Herzegowinas festgelegt, die laut Rašidagić ein neues Millet-System, ein System, welches bereits von den Osmanen in Bosnien eingesetzt wurde, etablierte. Die politischen Eliten seien noch heute im politischen Konflikt, verfolgten wirtschaftliche Interessen und hätten das ultimative Ziel, an der politischen Macht zu bleiben. Ein kleiner Staat mit 3,8 Mio. Einwohnern mit einem aufgeblähten politischen System und einer politischen, machtbesessenen Elite könne kaum finanziert werden. Bosnien-Herzegowina stehe heute vor den gleichen Problemen, wie Jugoslawien Ende der 80er Jahre.

*Christina Griessler*

**netPOL**  
INTERNATIONALES UND INTERUNIVERSITÄRES NETZWERK  
POLITISCHE KOMMUNIKATION

# The Western Balkan's Diversity of Identities

*Religion, Language, and Education*

Drittes Panel von links nach rechts: Norbert Šabić, Tamara Pavašević Trošt, Christina Griessler, Hana Semanić



**Am 21. November 2017 veranstalteten das CEU Center for European Neighborhood Studies (CENS) und die AUB gemeinsam eine internationale Konferenz mit dem Titel "The Western Balkan's Diversity of Identities: Religion, Language, and Education".**

Ellen Bos, Vizerektorin der AUB, begrüßte die Vortragenden und Gäste der Konferenz. Sie betonte, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Universitäten von großer Bedeutung sei.

Péter Balázs, Direktor des CEU Center for European Neighborhood Studies (CENS), sprach über die Bedeutung von Religion, Sprache und Bildung im Zusammenhang mit den Prozessen der Identitäts- und der Nationenbildung in der Region des ehemaligen Jugoslawiens.

Das erste Panel zum Thema Religion wurde von Christopher Walsh (Corvinus Universität Budapest) moderiert, der sich in seinen einleitenden Bemerkungen auf Habermasche Konzept der „Entgleisung der Moderne“ bezog und argumentierte, dass Religion modernen Gesellschaften einen Mehrwert bringen könne.

Redner Bogdan Mihai Radu (Babeş-Bolyai Universität, Cluj-Napoca) präsentierte vergleichende Daten über Religionen aus Mitteleuropa und dem Westbalkan. Zwischen Religionszugehörigkeit und Zugehörigkeitsgefühl sei zu unterscheiden. Er argumentierte, dass Menschen, die mit religiösen Institutionen verbunden seien, den Staat und seine Institutionen eher akzeptierten als Menschen, die keinen Kontakt zu religiösen Institutionen hätten. Jedoch meinte er, dass nicht-religiöse Men-

schen ein größeres Verständnis von Demokratie hätten.

Zorica Kuburić (Zentrum für Empirische Religionsforschung, Universität Novi Sad) zeigte anhand eines Forschungsprojektes den Zusammenhang zwischen Religion und Versöhnung in Bosnien und Herzegowina auf. Sie präsentierte Forschungsergebnisse einer Umfrage aus dem Jahr 2013, die zeigten, dass je höher der Stellenwert der Religion für einen Befragten sei, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass er oder sie die Bedeutung neuer Versöhnungsprozesse unterstützen würde.

Ešref Kenan Rašidagić (Universität Sarajevo) sprach über die Rolle der Religion in der Politik in Bosnien und Herzegowina. Er argumentierte, dass während des Krieges in den 1990er Jahren religiöse Institutionen



im Vergleich zu heute keine so bedeutende Position in der Gesellschaft eingenommen hätten. Damit politische Parteien an der Macht blieben, würden diese eine „unheilige Allianz“ mit religiösen Institutionen, Geschäftspartnern und Kriegsveteranen eingehen.

Das zweite Panel wurde von Andra-Octavia Drăghiciu (AUB / Karl-Franzens-Universität Graz) geleitet und befasste sich mit der Frage nach dem Einfluss der Sprache auf die Identitätsbildung am Balkan.

Goran Bandov (Dag Hammarskjöld Universität für Internationale Beziehungen und Diplomatie, Zagreb) stellte die Frage nach der politischen Dimension einer gemeinsamen Sprache. Eine Nation brauche Grenzen, um eine eigene Identität zu entwickeln, die auf Elementen wie Sprache und Religion basiere.

Über die Sprachentwicklung in Montenegro sprach Nikola Zečević (Universität Donja Gorica). Auch heute, nach dem Bruch mit der serbo-kroatischen Sprache und der Einführung einer neuen offiziellen Amtssprache, habe sich die montene-

grische Identität dieser Verschiebung noch nicht angepasst.

In der anschließenden Diskussion mit den Teilnehmern der Konferenz wurde wiederholt betont, dass Sprache die Fähigkeit besitze, Religion und ethnische Verschiedenheiten zu überwinden.

Im dritten Panel befasste sich mit dem Einfluss der Bildung auf die Identität der westlichen Balkanregion. Christina Griessler (netPOL / AUB) moderierte.

Rednerin Tamara Pavasović Trošt (Universität Ljubljana) analysierte den Kontext von Lehrbüchern in der Region des westlichen Balkans seit Ende des Kommunismus hinsichtlich Identitätskonstruktionen. Bei ihrer Analyse unterschied sie zwischen einem „heißem Nationalismus“ und einem „banalem Nationalismus“.

Der zweite Referent Norbert Šabić (Büro für Strategische Planung & Yehuda Elkana Zentrum für Höhere Bildung, Central European University, Budapest) sprach über nationale Minderheiten und die Bildungspolitik in Serbien. Das getrennte Bildungssystem von Minderheiten führe

zu einer Trennung der Schüler/innen und verringere die Wahrscheinlichkeit, dass Minderheiten in Serbien studierten.

Hana Semanić (CEU's Center for European Neighborhood Studies, CENS, Budapest) gab einen Einblick in das Bildungssystem von Bosnien und Herzegowina. Aufgrund der staatlichen Struktur, die aus zwei Entitäten, der Föderation Bosnien und Herzegowina und die Republika Srpska, sowie einer zusätzliche Gliederung der Föderation in zehn Kantone bestehe, sei das Bildungssystem zwischen mehreren Institutionen aufgeteilt.

*Laura Braun, Alexander Veith,  
Christina Griessler*

**netPOL**  
INTERNATIONALES UND INTERUNIVERSITÄRES NETZWERK  
POLITISCHE KOMMUNIKATION

**CEU** CENTRAL  
EUROPEAN  
UNIVERSITY

## Monarchie in einer Familie

**Am 28. November hielt Dr. Ferdinand Trauttmansdorff, nach einer kurzen Begrüßung durch den Rektor der AUB, Prof. Dr. Dietmar Meyer, im Andrássy Saal den Vortrag „Monarchie in einer Familie“. Der Vortrag befasste sich mit der Geschichte seiner Familie und den Zusammenhängen seiner Vorfahren mit verschiedenen Schlüsselpunkten der europäischen Geschichte. Trauttmansdorff selbst beschrieb seinen Vortrag als ein Forschungsprojekt im Zusammenhang mit seiner Familie und seines Namens, aus welchem erst selbst viel lernen konnte. Schließlich waren viele seiner Vorfahren, so wie auch Trauttmansdorff selbst, Diplomaten.**

Der Vortrag, begleitet von einer Präsentation mit Portraits der verschiedenen Persönlichkeiten, führte anekdotenhaft durch deren Lebensläufe und die Entwicklung der Familie Trauttmansdorff aus Trautmannsdorf in der Oststeiermark. Der persönliche Bezug zur Geschichte einer Familie, die eng mit weitreichenden historischen Ereignissen wie dem 30-jährigen Krieg, dem westfälischen Frieden oder dem Wiener Kongress verbunden

war, habe bestätigt, dass sich die Hintergründe bedeutender Momente oft nicht in den offiziellen Dokumenten finden ließen. Stattdessen seien diese gerne auch einmal auf der zweiten Seite eines scheinbar banalen privaten Briefes versteckt. Es wurde auch deutlich, wie manche Rollen (wie die eines Organisators), die für die Durchführung wichtiger Ereignisse essentiell seien, in den späteren Betrachtungen keine Erwähnung fänden.

Trauttmansdorffs Vortrag, gefolgt von zwei kurzen Beiträgen durch Podiumssprecher Prof. Dr. Dieter A. Binder und Dr. habil. Georg Kastner, bot im Anschluss reichlich Stoff für eine angeregte Diskussion mit dem Publikum. Es wurde unter anderem über die Bedeutung von Familien, wie der der Trauttmansdorff's, die historische Geschehnisse aus „der zweiten Reihe“ beeinflussten und auch über die Verarbeitung Österreichs der eigenen Geschichte in der K.u.k-Zeit gesprochen.

Trauttmansdorff stellte abschließend fest, dass, nachdem er aus den Erzählungen seiner Vorfahren so manches Lernen könne, es einige Erfahrungen seiner persönlichen Geschichte gäbe, welche er selbst auch einmal niederschreiben solle.

*Maike Kölpin*

# Die gute Reform

**Was ist eine gute Reform? Ist sie eine Revolution? Signalisiert sie eine Veränderung? Wie sieht die Zukunft der Reformen aus? Diesen und vielen anderen Fragen gingen die Vortragenden der interdisziplinären Konferenz des Zentrums für Demokratieforschung am 6. Dezember 2017 nach. Die diesjährige Veranstaltung mit dem Titel *Die gute Reform – Annäherungen aus interdisziplinärer Perspektive* diente als Fortsetzung der bisher organisierten drei interdisziplinären Konferenzen.**

Einführend begrüßte die Gäste und Vortragenden Ellen Bos von der AUB. Im Anschluss daran entbot der Co-Organisator, Zoltán Tibor Pállinger, seinen Gruß und betonte die Bedeutung der guten Reformen für die liberalen Demokratien, weil in der heutigen Welt der

mit Veränderungen verbunden und deswegen nur bedingt als Investition zu bewerten.

In seinem Vortrag führte Felix A. Dörstelmann (AUB) die praktischen Verwirklichungsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Reform auf. Er

Monarchie wurden das Thema des Beitrages von Georg Kastner (AUB). Das Beispiel aus der Geschichte brach die gewichtige Rolle der Persönlichkeit als Reformträger hervor.

In der Fortsetzung untersuchte László Komáromi (PPKE) die Reformversuche der ungarischen direkten Demokratie. Er betonte, dass die guten und nachhaltigen Reformen nicht durch Revolutionen, sondern durch entsprechende Kenntnisse des Systems sowie durch Geeignetheit und Zweckmäßigkeit der einzelnen Reformvorschläge zustande kämen.

Referent der BME, Tamás Sárközy, setzte sich mit der Frage des Systemwechsels als Reform auseinander.

Ellen Bos (AUB) schilderte die Verfassungsreformen in Ungarn. Sie analysierte dabei zugleich die historisch-politische Notwendigkeit für die Entstehung einer neuen ungarischen Verfassung nach dem Systemwechsel.

Auch Zoltán Tibor Pállinger kam zu Wort – er wandte sich den Kernfragen nach Partizipation und Legitimität zu. Hier seien vor allem drei Hauptlinien des Diskurses zu benennen: Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, Krise der Politikwissenschaft und die Bewertung der Globalisierung.

István Szabó widmete sich der Etablierung des Oberhauses durch das Gesetz der Nationalversammlung aus dem Jahr 1926 sowie der Erweiterung seiner Befugnisse im Jahr 1937.

Als letzte Referentin des Tages hatte Melani Barlai (AUB) das Wort. Sie präsentierte das Projekt „Vokskabin“, einen elektronischen Online-Wahlhelfer, dessen Ziel es ist, den BürgerInnen parteipolitische Orientierung zu bieten analog zum deutschen Wahl-O-Maten.

In seinem Schlusswort fasste Zoltán Tibor Pállinger zusammen, dass alle Teilnehmer einige Punkte als Kriterien für die gute Reform finden konnten. Dabei spielten vor allem die Faktoren des Bildens, des Willens, eines rationalen Anspruches sowie der zeitlichen Abgeschlossenheit die entscheidende Rolle. Bei der Bewertung seien emotionale Voraussetzungen und die Frage nach der

Aufstieg der autoritären Systeme durchaus möglich sei. Politik habe damit die Aufgabe, sich anzupassen, und sich durch Reformen aufrechtzuerhalten.

Im ersten Teil der Konferenz wurden die allgemeinen Annäherungen an das Thema aus interdisziplinärer Perspektive von Siegfried F. Franke präsentiert. Er ging dabei besonders auf die ökonomischen Bestandteile einer politischen Reform ein.

Dietmar Meyer behandelte die Frage, inwiefern Reformen als Investitionen anzusehen seien. Wie das ungarische Wort „forradalom“ zeige, seien Reformen oft mit Chaos und dadurch

zeige den Weg, wie man von rationaler Wirtschaftspolitik zu einer guten Reform komme.

Jörg Dötsch und Tobias Grans (AUB) leiteten den zweiten Teil des ersten Panels mit ihrem Vortrag über den Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Zugang und der Rechtsordnung im Zeitalter der Globalisierung ein, das sich durch eine permanente Dynamik in allen Bereichen kennzeichne.

Effizienz-Erwägungen und Entscheidungspraxis in den Reformplänen von Erzherzog und Thronfolger Franz Ferdinand in der Habsburger



Siegfried Franke und Zoltán Tibor Pállinger (v.l.)

Legitimität von ganz ausschlaggebender Bedeutung.

Ellen Bos zog das Fazit, dass die Reformen Wechselwirkungen hätten, ihre eigene Dynamik entwickelten und oft

zu unerwarteten Ergebnissen führen könnten, wenn die entsprechenden Risikobegrenzungsmechanismen nicht rechtzeitig eingesetzt würden.

*Dmitry Androsov, Mátyás Ökrös*



**DONAU  
INSTITUT**  
ZENTRUM FÜR  
DEMOKRATIEFORSCHUNG

## Eszter Kováts über die Ergebnisse ihrer Gender-Forschung

*Gleichstellungsfragen und die ungarischen Parteien*

**Die Gleichstellung von Frau und Mann in der heutigen Gesellschaft, Machtfragen und die politische Repräsentation der Frau – dies waren die Themen der Veranstaltung „Gleichstellungsfragen und die ungarischen Parteien“ des 13. Dezembers im Andrassy-Saal der AUB.**

Organisiert wurde der Abend vom interuniversitären Netzwerk Politischer Kommunikation (netPOL) und Melani Barlai, wissenschaftlicher Mitarbeiterin in der Politikwissenschaft der AUB. Eingeladen war Eszter Kováts, Leiterin des Projektes „Gendergerechtigkeit in Ostmitteleuropa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Budapest und Dissertantin an der Eötvös-Loránd-Universität Budapest, die über ihr gesammeltes Wissen zum Thema Frauen in der heutigen Politik und Gesellschaft referierte.

In Zeiten wie diesen ist sexuelle Belästigung bei Frauen ein großes Thema: Erst der im Oktober 2017 stattgefundenen Weinstein-Skandal bewegte die halbe Welt. Der berühmte US-amerikanische Filmproduzent Harvey Weinstein, bekannt für zahlreiche Hollywood-Klassiker und Blockbuster (darunter z.B. Paddington, Scary Movie, Der Herr der Ringe, Der Vorleser oder Kill Bill), wurde beschuldigt, zahlreiche Frauen – unter ihnen viele Schauspielerinnen wie Gwyneth Paltrow oder Angelina Jolie – sexuell belästigt, genötigt oder gar vergewaltigt zu haben. Daraus entstand in den Sozialen Medien eine große Kampagne namens „#metoo“, in der sich Mädchen und Frauen der ganzen Welt, die sich schonmal als Opfer sexueller Belästigung sahen, mit dem Posten

des Hashtags dazu bekannten und als Internet-Gemeinde zusammenstanden.

Eszter Kováts ging nach Begrüßungsworten von Prof. Dr. Ellen Bos, Prorektorin der AUB für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs, zuerst auf die Betrachtung des Gender Equality Indexes 2017 des Europäischen Institutes für Geschlechterfragen ein. Dort falle eines auf: Ungarn belege den vorletzten Platz, Platz 27 von 28. In den Kategorien Arbeit, Geld, Wissen, Zeit, Macht und Gesundheit könne man ablesen, dass Ungleichheit Fakt sei und nicht bloß ein Gefühl der Unterdrückung oder eine andere Emotion. Laut Kováts müsse man sowohl die horizontale Segregation des Arbeitsmarktes, also wie erwähnt die Zahlen des unterschiedlichen Verdienstes bei Frau und Mann im gleichen Beruf, als auch die vertikale Segregation, also das Erlangen der Macht im Vergleich der Geschlechter, betrachten.

Gerade in der Politik ist die Frage nach der Machterlangung schwer: Der Frauenanteil in europäischen Parlamenten beträgt im Durchschnitt 27,2 Prozent – in Ungarn allerdings nur 10%. Seit 1990 ist Ungarn von dieser Zahl nicht mehr weggekommen. Keiner der Minister in Ungarn ist eine Frau.

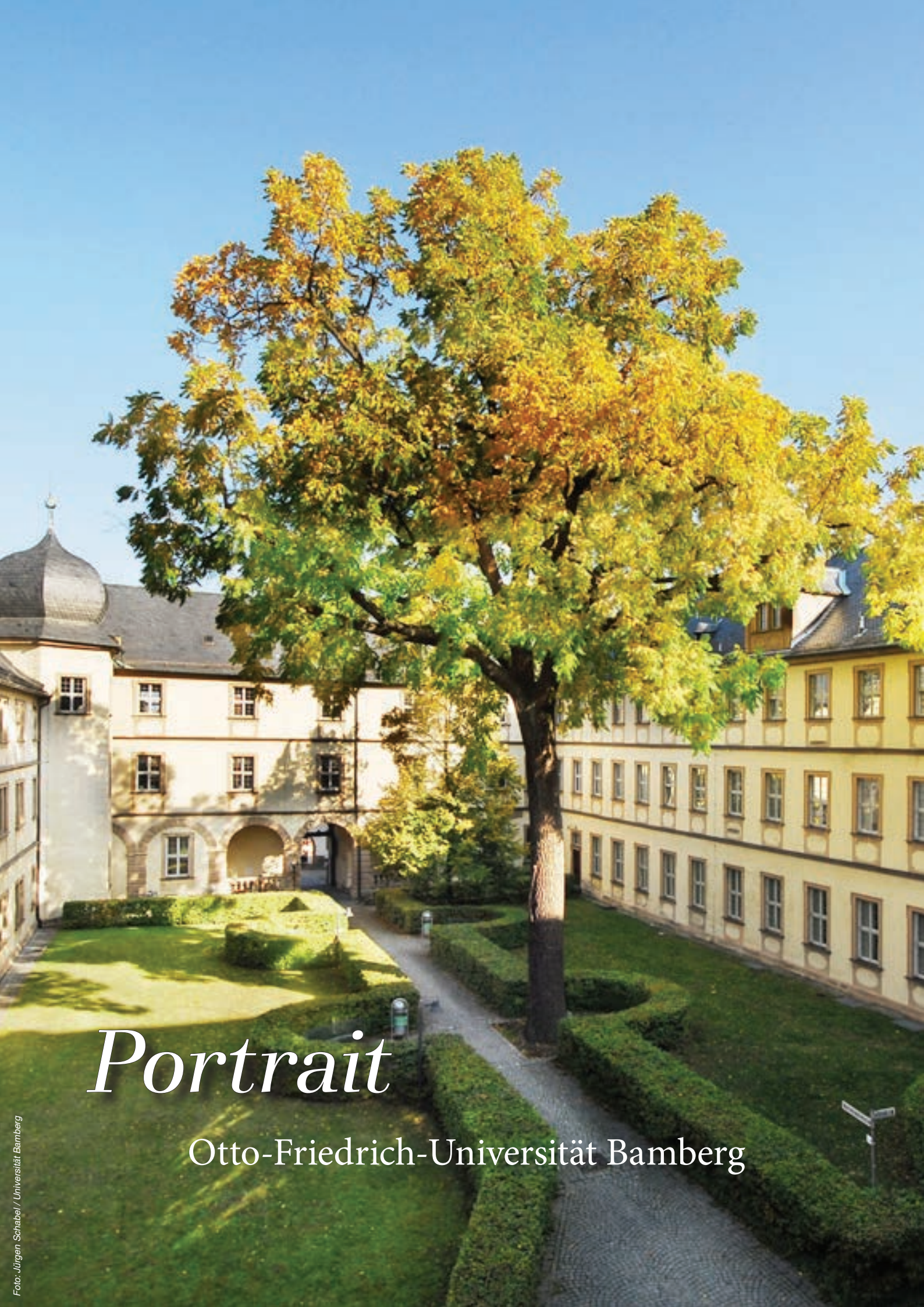
Oft stelle man sich, wie Kováts berichtete, die Frage, ob die Frau an die Sache der Machterlangung mit einem falschen Bewusstsein herginge. Wenn sie zum Beispiel mit ihrem Kind zu Hause bleiben wolle und nicht arbeiten wolle, habe sie dann die Emanzipation noch nicht entdeckt? Andererseits sei Macht auch eine hohe Arbeitsbelastung – wenn Parlamentssitzungen

erst abends um 22 Uhr stattfänden, sei es für viele Frauen wegen der Familie nicht möglich, daran teilzunehmen.

Handele es sich aber trotzdem um eine sexistische Regierung? Es könne ja sein, dass Frauen überhaupt nicht an Politik interessiert seien. Jedoch, so Kováts, spreche dagegen, dass, je weiter runter man auf der Kommunalebene ginge, desto mehr Frauen dort in politischen (Führungs-)Positionen zu finden seien. Die Mitarbeit in NGO's – was man auch als Politik sehen müsse – sei ebenfalls von vielen Frauen geprägt. Je größer die Macht und der Einflussbereich jedoch werde, desto größer werde der Männeranteil.

Das Argument der Meritokratie – also „das Geschlecht zählt nicht“ – sei nicht ambitioniert genug. Viele würden laut Kováts keinen Ausgleich schaffen wollen, da man sonst ja auch einen Ausgleich schaffen müsse in der Frage nach BrillenträgerInnen und Nicht-BrillenträgerInnen o.ä., was allerdings nicht zähle. Ein anderes Argument sei laut der Forscherin auch, dass man WählerInnen ja nicht beeinflussen könne. Die WählerInnen entschieden nicht nach dem Geschlecht: „Ich entscheide mich ja auch nicht dazu, jemanden aus der Jobbik zu wählen, nur, weil es ausnahmsweise eine Frau ist.“ Menschen wählten parteiorientiert und nicht geschlechtsorientiert. Damit die Frauen in der Politik jedoch trotz allem nicht verloren gingen, sei ein Umdenken nötig.

*Zita Hille*



# *Portrait*

Otto-Friedrich-Universität Bamberg



Studierende an der Universität Bamberg

Foto: Tim Kipphan / Universität Bamberg

Mit rund 13.500 Studierenden gehört die Otto-Friedrich-Universität Bamberg zu den mittelgroßen Universitäten Bayerns. Sie bietet ein breites Spektrum von rund 100 Bachelor-, Master- und Lehramtsstudiengängen in allen Disziplinen der vier Fakultäten Geistes- und Kulturwissenschaften, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Humanwissenschaften sowie Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik an.

Die Universität Bamberg ist in Forschung und Lehre international ausgerichtet. Die Internationalität zeigt sich in wissenschaftlichen Kooperationen wie auch im Studienangebot. Studierende profitieren von Austauschprogrammen mit etwa 300 Hochschulen in 60 Ländern.

Interdisziplinäres Studieren und Forschen ermöglichen unter anderem drei An-Institute, fakultätsübergreifende Zentren oder kleinere Forschungsverbände. Acht Graduate Schools sorgen strukturiert für professionellen Nachwuchs – darunter die im Rahmen der Deutschen Exzellenzinitiative geförderte Graduate School of Social Sciences. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Bamberger Forschungen, zu denen

jeweils mehrere Fächer beitragen, liegen in den Themenfeldern Bildung und Lebensentwürfe, Individuum und Gesellschaft, Sprachen und Kulturen sowie Wirtschaft und Märkte.

Durch ihre vielfältigen Kooperationen prägt die Universität Bamberg die Region und vermittelt Wissen sowie passgenau ausgebildete Fachkräfte. Sie trägt damit wesentlich zur Standort- und Nachwuchssicherung bei. Der Kooperationsvertrag für die TechnologieAllianz Oberfranken (TAO) legte den Grundstein für ein bislang einzigartiges Bündnis: Erstmals schlossen sich die Hochschulen einer Region, Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof, zusammen, um Gemeinsamkeiten und Stärken in Forschung, Lehre und Weiterbildung zu potenzieren. Inhaltliche Schwerpunkte sind Energie und Mobilität, Werkstoffe und Informationstechnologie.

Im kulturellen Bereich ist die Otto-Friedrich-Universität durch Literaturveranstaltungen, Lesungen,



Die Uni Bamberg zog im Jahr 2016/17 2.822 Erst- und Neumatrikulierte Studenten an Bord.

Foto: Vera Katzenberger / Universität Bamberg

Ausstellungen und Konzertreihen in Bamberg und der Region sehr präsent. Auch die Geschichte der Universität und der Stadt, deren Altstadt auf der UNESCO-Welterbe-Liste steht, sind eng miteinander verbunden: Der Bamberger Fürstbischof Melchior Otto Voit von Salzburg gründete im Jahr 1647 die Academia Bambergensis, indem er das damalige Jesuitenkolleg um die beiden Fakultäten Philosophie und Theologie erweiterte. Bis heute ist die Universität über die Stadt verteilt in zahlreichen historischen Gebäuden untergebracht.



# Semesterrückblick

**STUDIERENDENSCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI**

## Andrássy Ball 2017

Die Studierendenschaft der AUB blieb der Tradition auch im Wintersemester 2017/18 treu: Sie feierte die Eröffnung des neuen Studienjahres und ihre neu erworbenen Abschlüsse in den Festsälen der Universität am 8. September 2017 mit dem Andrássy Ball.





# Grenzüberschreitende Lehre zwischen dem Freistaat Bayern und Ungarn

*Fachseminar Finanzpolitik in Europa in Verbindung mit der Bayern-Exkursion des Studiengangs International Economy and Business*



Den europäischen Gedanken nicht nur lehren, sondern auch leben. Diesem Leitgedanken folgend fand im Sommersemester 2017 das Seminar „Europäische Finanzwissenschaft: Finanzpolitik in Europa“ an der AUB statt. In Kooperation mit Herrn Prof. Dr. Matthias Wrede, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und AUB-seitens Frau Prof. Dr. Martina Eckardt, Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, stellten sich die Studierenden des Seminars „Armut und Ungleichheit in Deutschland und Europa“ Fragen wie: „Was ist Armut?“, „Wer ist arm?“ und „Was kann man dagegen unternehmen?“

In seinem Vortrag am 3. Mai 2017 an der Andrássy Universität stellte Wrede die engen Zusammenhänge und Implikationen heraus, die sich aus dem demografischen Wandel für das deutsche Rentensystem ergäben.

Im weiteren Verlauf des Seminars präsentierten die Studierenden beider Universitäten zunächst am 4. Mai an der AUB in Budapest und dann am 18. Mai an der FAU in Nürnberg ihre Thesen und Forschungsergebnisse den DozentInnen und KommilitonInnen, um diese anschließend gemeinsam zu diskutieren. Im Fokus standen u. a. Themen wie „Armutskonzepte und Messung von Armut“ oder „Armutsbekämpfung und regionale Unterschiede“.

Zu Beginn der am 17. Mai stattfindenden Exkursion nach München und Nürnberg wurden die Studierenden von Herrn Christian Schildbach, stellv. Referatsleiter für Raumordnung und Landesentwicklung, und Herrn Klaus Ulrich, Leiter des Referats Internationale Beziehungen, in der Bayerischen Staatskanzlei in München empfangen.

Herrn Schildbach betonte in einem Vortrag das Ziel des Freistaates Bayern, überall im Freistaat, speziell auch im ländlichen Raum, gleichwertige Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse zu schaffen. Herrn Ulrich knüpfte daran an und verdeutlichte die für ihn notwendige Bekämpfung

von Armutsursachen am Beispiel der aktuell stark angestiegenen Migrationsbewegungen.

Am 19. Mai folgten die Studierenden der Einladung von Herrn Prof. Dr. Lutz Bellmann, Leiter des Forschungsbereichs Betriebe und Beschäftigung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Er erzählte von seiner praktischen Erfahrung als Ökonom und Wissenschaftler zum Thema „Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland“ und ging zudem auf Forschungsvorhaben der Zukunft ein.

*Felix A. Dörstelmann*





# #refugeepanorama

*Eine internationale Konferenz zum Thema Xenophobie  
und Anti-Xenophobie*

Organisiert von einem kleinen Team der Studenteninitiative Young Citizens Danube Network (YCDN) der AUB fand die erste #refugeepanorama-Konferenz statt: Vom 2.–5. November trafen sich 24 AktivistInnen und Studierende, die sich in der Jugendarbeit im Feld von Migration, Flüchtlingshilfe, Integration und Bekämpfung von Xenophobie (Fremdenfeindlichkeit) bewegen, um sich auszutauschen. Unterstützt durch die European Students' Union, umfasste das Programm informative Treffen mit Budapester Akteuren, Kennenlernaktivitäten und Workshops rund um den YCDN Workshop ‚Compass‘. Dieses Projekt von YCDN, welches 2015 begann, wurde als Best-Practice von YCDN-Seite angeboten.



Kaffee während der Registration war schon am ersten Tag eine wichtige Unterstützung der Konzentration, da den Teilnehmenden im gemeinsamen Best-Practice-Austausch nur fünf Minuten zur Verfügung standen, um ihre erfolgreichsten Projekte gebündelt zu präsentieren. Es folgte eine Fragerunde, wo die anderen Teilnehmenden Fragen über Finanzierungsmöglichkeiten, Freiwilligenmanagement, Werbung um TeilnehmerInnen und spezifische Zielgruppen stellen konnten.

Am zweiten Tag war die Gruppe zum Gespräch im UNHCR-Büro eingeladen. Neben der Aufklärung von Mythen rund um die Flüchtlingssituation aus rechtlicher und gesellschaftlicher Sicht wurde viel



Rege Diskussionen waren Teil der 4-tägigen Konferenz.

## Zu YCDN

Die 2011 an der AUB gegründete Studierendeninitiative 'Young Citizens' Danube Network' organisiert verschiedene, an die Jugend (von MittelschülerInnen bis StudentInnen) gerichtete Projekte, die Erfahrungen einer gelebten pluralistischen Demokratie zum Fokus haben. Dazu gehören ebenso Debatten, wie der Umgang mit Mitmenschen in einer bunten Gesellschaft. In der Donauregion, die an sich diverse Gesellschaften mit einem hohen Grad von religiöser und ethnischer Heterogenität und zugleich noch jungen Demokratietraditionen aufweist, erscheinen solche Erfahrungen und das Üben von demokratischen Praxen den ‚Young Citizens‘ als besonders wichtig.

Wert auf Verständnisfragen gelegt. Werden Flüchtlinge zum Beispiel auf Plakaten richtig dargestellt? Auch die Frage, wie Flüchtlinge sich in ihr Gastland einbringen (sollten), wurde stark diskutiert.

Vom Budaer UNHCR-Gebäude ging es zum Büro von Amnesty International Hungary auf der Pester Stadtseite. Schnell kam die Sprache auf die aktuelle Situation von NGOs nach dem Gesetz vom Juni dieses Jah-

res. Auch über den fehlenden Kontakt zu Asylsuchenden wurde gesprochen, die in den für NGOs verschlossenen Transitzonen auf ihre Verfahrensergebnisse warten.

Am späten Nachmittag kamen VertreterInnen bekannter Organisationen zu einem öffentlichen Rundtisch-Gespräch zusammen:

- von der Internationalen Organisation IOM, die unter den vertretenen Organisationen als einzige Zugang zu den Transitzonen hat;
- der zuvor besuchten Amnesty International;
- von zwei Organisationen, die sich um die Minderheiten der Roma und der Juden bemühen (UCCU und Haver)
- und von der Subjective Value Foundation.

Alle bestätigten, in ihrem Feld auf Xenophobie zu stoßen und kämpften auf ihre Art tagtäglich dagegen an. Die Veränderung der letzten Jahre stelle eine ganz neue Art, eine öffentliche Xenophobie dar. Die gesamte Diskussion wurde live auf Facebook übertragen und ist dort weiterhin als Video auf der YCDN-Facebookseite zu finden.

Am dritten Tag wurden Übungen durchgespielt, besprochen und auf ihre Anpassungsfähigkeit geprüft. Alle Übungen zielten auf eine eingehende Beschäftigung mit der Situation von ImmigrantInnen und Flüchtlingen und den Austausch der so gebildeten eigenen Meinung ab. Dabei eröffneten die Trainer fehlende Perspektiven und klärten Falschinformationen auf, lie-



Mit Stickern und Logos wollen die Studierenden und JugendleiterInnen die Ergebnisse der Konferenz in die Welt hinaustragen.



Xenophobie – in welchem Maße ist sie heute in unserem Leben präsent? Diese und andere Fragen stellten sich die TeilnehmerInnen des Panels.

ßen die SchülerInnen ansonsten selbst diskutieren. Die Diskussionen waren vielfältig und brachten allen Beteiligten neue Perspektiven und Ideen zu einem komplexen Thema.

Tag vier wurde zur Feedback-Besprechung genutzt. Sowohl das Programm als auch die Organisation und nicht zuletzt die Auswahl der Teilnehmenden,

wurden dem #refugeepanorama-Team als mehr als gelungen konstatiert. Einen besseren Abschluss könne man sich als OrganisatorInnen nicht wünschen.

Sabrina Goeschl



## 4. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquium im Rahmen der Kooperation zwischen der AUB und der autonomen Region Trentino Südtirol

An dem 4. Interdisziplinären Doktorandenkolloquium vom 10.–11. November hatten die DoktorandInnen die Möglichkeit, sich zuerst miteinander zu treffen und einander kennenzulernen. Der erste Tag des Kollo-

quiums wurde durch die Begrüßung der Teilnehmenden feierlich eröffnet, wonach ein interessanter Vortrag von Herrn Prof. Dr. Gerald Steiner, Dekan der Fakultät Wirtschaft und Globalisierung der Donau Univer-

stät Krems, folgte. Das Hauptthema des Vortrags war die Vorstellung der sogenannten transdisziplinären Forschungsmethoden, welche von besonderem Wert für alle DoktorandInnen sind. Durch dies hatten die

Teilnehmenden die Möglichkeit, neue Forschungsmethoden kennenzulernen, die für die zukünftige Forschung sicherlich eine große Rolle spielen werden. Nach dem gemeinsamen Mittagessen, welches unter anderem eine bedeutsame Gesprächsmöglichkeit mit den neuen KollegInnen bot, fanden die Panelworkshops statt, in der alle DoktorandInnen ihr Dissertationsthema im Lichte der bestimmten Themenbereiche darstellen sollten. Es war eine große Herausforderung, die

Forschungsthemen an die vorausgesetzten Leitfragen anzuknüpfen, doch wurde dies von allen mit Erfolg gelöst. Im Anschluss knüpften daran Diskussionen und Gespräche.

Am zweiten Tag des Kolloquiums wurden aktuelle Projekte der aktuellen KooperationspartnerInnen in Vorträgen vorgestellt.

Als letzter Punkt des Kolloquiums zeigten die DoktorandInnen ihre Posterpräsentationen über ihr Thema. Die verschiedenen Forschungsprojekte

kennzeichneten, dass es hier eine Vielzahl von Beschäftigungsbereichen mit großem Forschungsbedarf gebe.

*Laura De Negri*



## Debattierworkshop von Konrad Gütschow

**Am 4. Dezember hat auf Einladung des Studiengangs Internationale Beziehungen Konrad Gütschow an der AUB einen ungefähr viereinhalbstündigen Debattierworkshop abgehalten. Herr Gütschow debattiert seit etwa acht Jahren am Debattierklub Streitkultur e.V. der Universität Tübingen und gewann 2016 die Deutschsprachige Debattiermeisterschaft. Zudem war er bereits zweimal Debattier-Vizeweltmeister und gibt Workshops vor StudentInnen und im Rahmen universitärer Programme und Tagungen von Unternehmen.**

Dieses Mal bestand das Publikum des Workshops aus sechs Studierenden der AUB, denen neben nützlichen Präsentationstechniken auch das Debattieren als Sport näher gebracht werden sollte. Einem kurzen Theorie-Input folgten dabei jeweils Übungen, in denen das Gehörte in die Praxis umgesetzt wurde. Nach mehreren Übungen, zum Beispiel zu der Rezitation dadaistischer Gedichte in einer be-

stimmten Tonlage, gingen Gütschow und die Studierenden zum richtigen Debattieren über.

Dabei wurde zunächst der Kern jeder Debatte und Diskussion betrachtet: das Argument. „Die Schlüssel zu einem guten Argument sind eine klare Behauptung am Anfang, eine hinterfragende Begründung und ein möglichst anschauliches Beispiel“, erklärte der Experte den Studierenden, gefolgt

von Übungen wie Argumente-Ping-Pong. Zum Abschluss des Workshops fand eine Debatte über die Thematik des bedingungslosen Grundeinkommens statt. Dabei versuchten die nun in Pro- und Contra-Gruppen eingeteilten Studierenden die eigene Seite mit Hilfe der erlernten Techniken argumentativ darzustellen.

Auch, wenn es am Ende keine Sieger gab, nahmen die TeilnehmerInnen etwas mit, denn wie Gütschow es formulierte, könne „jeder Mensch [...] reden. Bei vielen werden allerdings die natürlichen Fähigkeiten durch Angst und Stress blockiert. Daher setzen wir uns gezielt stressigen Redesituationen aus, um im Alltag entspannt zu sein.“

*Justus Raimann*

## Die AUB im Herzen Europas – Brüssel-Exkursion 2017

**Vom 4. bis 8. Dezember 2017 fand die diesjährige Brüssel-Exkursion der AUB statt. Im Rahmen der Vorlesung „Das Politische System der EU“ von Prof. Dr. Hendrik Hansen fuhren 27 Studierende aus den Studiengängen IB, IEB, LL.M., MEIV sowie MES-KD in „Europas Hauptstadt“, um die in der Vorlesung erworbenen theoretischen Kenntnisse mit Einblicken in die europapolitische Praxis zu verbinden.**

Das Exkursionsprogramm begann am Dienstagmorgen im Rat der EU mit einer Simulation der Brexit-Verhandlungen und einem Gespräch über die aktuellen Reformperspektiven der EU. Am Nachmittag ging es zur Europäischen Kommission, um

hier vor allem über die inter-institutionellen Beziehungen zu sprechen. Am Mittwoch hatten die Studierenden die Gelegenheit, verschiedene Perspektiven der Arbeit innerhalb sowie rund um die EU-Institutionen kennenzulernen. Die Gruppe traf sich

mit JournalistInnen von POLITICO und Bruxinfo und sprach im Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages mit der CDU/CSU-Fraktion über die Verteidigungspolitik der EU. Während des anschließenden Besuchs im Europäischen Parlament hörte sie Vorträge des dortigen Vertreters des House of Lords, eines Mitglieds des Hungarian Interpretation Unit sowie einer ungarischen MdEP der Europäischen Volkspartei. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschlands und eine Po-



Die versammelte Mannschaft.



Bei der Ankunft in Brüssel.



Am zweiten Tag ging es in den Europäischen Rat und zur Kommission.

Fotos: Laura Braun und David Eriös

diumsdiskussion in der Vertretung Hessens waren ebenfalls Bestandteil dieses Tages.

Die Ständige Vertretung Österreichs stand am Donnerstagvormittag auf dem Programm. Danach ging es zu einer gemeinsam mit dem European Network Deutsch des Goethe Institutes organisierten Podiumsdiskussion über die Rolle der Regionen in der EU in der Vertretung Baden-Württembergs. Am abschließenden Tag der Exkursion diskutierte ein Teil der Gruppe bei der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Dublin-Reformen, parallel dazu der andere Teil mit Anwälten der Kanzlei Redeker Sellner Dahs über Kartell- und Beihilfenrecht. Anschließend wurde bei der Mission der Schweiz über die Frage gesprochen, wie ein europäischer, aber nicht EU-Mitgliedsstaat seine Beziehungen zur Union gestalten sollte. Die Exkursion wurde abgerundet durch ein Treffen mit einem Kabinettsmitglied des Kommissars für Klimaschutz und Energie und dem Kabinettschef des Kommissars für den Euro und sozialen Dialog in der Europäischen Kommission.

Die diesjährige Exkursion wurde von Prof. Dr. Hendrik Hansen und Réka Szentiványi organisiert, welche die Reise gemeinsam mit Melinda Maszlag begleiteten.

**Réka Szentiványi**

# Studium

## In Leipzig studieren

*IB Doppelmasterprogramm zwischen der AUB und der Universität Leipzig*



Fotos: Anna Czenithe

Als ich mich für ein Masterstudium beworben habe, hat mir der Studiengang European Integration of East Central Europe (EIECE) an der Universität Leipzig genauso gut gefallen, wie Internationale Beziehungen (IB) an der AUB. Zu meinem Glück startete das neue

Doppelmasterprogramm zwischen den zwei Universitäten genau zu dieser Zeit, sodass die Entscheidung für mich eindeutig war, daran teilzunehmen.

Ich absolvierte die ersten zwei Semester – genau wie die anderen IB-lerInnen – an der AUB, während wir bereits bei

der Exkursion nach Brüssel und bei der Studierendenkonferenz zum Thema Europäisierung ein paar Studenten aus Leipzig kennenlernen konnten. Unter ihnen war auch mein jetziger Mitbewohner, was ein gutes Beispiel für die Wichtigkeit der persönlichen Kontakte ist.



András Matits, Lucas Scheu, Zsófia Máté, Greta Gál, Anna Czenithe und Elisabeth Reich in der Uni Leipzig (v.l.n.r.)

Vor dem Bundesverwaltungsgericht.



Fotos: Anna Czenthe

Das Auslandsstudium kann u. a. durch Erasmus+ oder Campus Mundi Stipendien finanziert werden. Das Bewerbungsverfahren dafür war relativ einfach, da im Rahmen des Doppelmasterprogramms für AUB-Studierende Erasmus-Stipendien nach Leipzig zur Verfügung stehen und alle unsere in Leipzig absolvierten Kurse von der AUB anerkannt sind. Man kann sich auch auf der Uni-Homepage erkundigen.

Nun verbringe ich bereits mein drittes Semester in Leipzig und es

gefällt mir noch mehr, als ich erwartet habe – abgesehen von den anfänglich üblichen organisatorischen Schwierigkeiten. Die Seminare haben ein hohes Niveau, deren Teile viele Lektüren, Referate und Diskussionen sind – tatsächlich praxisorientiert. Wir haben drei Module und damit die Möglichkeit, ein Modul als theoriebegleitetes Praktikum zu absolvieren. So arbeite ich zurzeit bei der Stadt Leipzig im Referat „Internationales“.

Neben dem Studium gibt es weitere Programmangebote, wie zum Beispiel eine Exkursion nach Prag, an der wir teilnahmen. Dort konnten wir – organisiert von dem Sächsischen Landtag – am „Forum Mitteleuropa“ in Bratislava teilnehmen. Außerdem gibt es in Leipzig regelmäßige Vorträge am Jean-Monnet-Lehrstuhl zu aktuellen europäischen Themen. Die sächsische Stadt ist ebenfalls ein traditioneller Standort für die Ost(mittel)europaforschung, mehrere wissenschaftliche Institutionen wie das GWZO, der EEGA, die DGO und das Fraunhofer IMW sind hier tätig.

Leipzig ist sonst eine tolle Stadt zum Leben. Meine Highlights sind neben den Allwetter-Fahrradwegen auch die Thomaskirche, in der Johannes Sebastian Bach Kantor war, das Neue Rathaus und das kulturelle Programm Leipzigs. Auch die nähere Umgebung mit Berlin, Dresden, Halle und Wittenberg faszinieren mich.

*Anna Czenthe*



Leipziger Fahrradselbfe.

UNIVERSITÄT LEIPZIG



